



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Staatsminister Albert Füracker:

Leistungsfähigkeit der Kommunen erhalten

Gezielt Impulse zu setzen, um Bayern als Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken, ist das Ziel bayerischer Finanzpolitik. Dass sich die Kommunen auf den Freistaat verlassen könnten, auch wenn die Herausforderungen angesichts multipler Krisen täglich zunehmen, erläuterte Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Die Grundsteuer zählt zu den wichtigsten Einnahmequellen für die Städte und Gemeinden. Manch einer hat sich gefragt, warum man bei der Steuererklärung selbst aktiv werden muss.

Daten zu bitten. Wir stellen jetzt auch fest, dass bei eingehenden Erklärungen sich in ganz großer Zahl andere Daten ergeben.
GZ: Das Berechnungsverfahren ist ja nun komplett neu.

Füracker: In der Tat. In Bayern kommt ein wertunabhängiges Flächenmodell zum Einsatz. Die sogenannte Grundsteuer B, also die Grundsteuer auf Wohn- und Geschäftsgrundstücke, wird künftig nach einem wertunabhängigen Flächenmodell berechnet. Anders als beim Bundesmodell spielt der Bodenrichtwert dabei keine Rolle. Relevant sind nur die Flächen von Grund und Boden sowie die Wohn- oder Nutzflächen von Gebäuden. Der Aufwand für die bayerischen Bürger ist vergleichsweise gering. In den Ländern, die das Bundesmodell verwenden, wird zum Beispiel alle sieben Jahre eine Neubewertung der Grundsteuer erfolgen – und das wird im Regelfall mit höheren Steuern einhergehen.

Wertunabhängiges Bemessungsmodell

GZ: Eine weitere Erhebung in Bayern ist also nicht nötig?
Füracker: So ist es, denn wir haben ein wertunabhängiges Modell. Nur wenn Sie ihr Grundstück oder Haus künftig verändern oder anders nutzen, ändert sich etwas an der Bemessungsgrundlage und Sie müssen die Änderung

dem Finanzamt mitteilen. Das Modell schreibt sich sozusagen selbst fort.

GZ: Bayern hat die Frist bis Ende April verlängert. Warum?

Füracker: Bis zum Ende der Abgabefrist am 31. Januar wurden etwa 70 Prozent der erforderlichen Erklärungen abgegeben. Insbesondere steuerberatende Berufe haben darauf hingewiesen, dass sie neben den „normalen“ Steuererklärungen u.a. mit Corona-Soforthilfen und Energiehilfen sehr ausgelastet sind. In Anbetracht der neuen Situation kommen wir ihnen nun mit der Fristverlängerung entgegen. Unser Ziel ist es, das Steuerverfahren ordnungsgemäß durchzuführen. Im Übrigen erledigen wir dies als Dienstleister für die Gemeinden. Die Einnahmen aus der Grundsteuer verbleiben zu 100 Prozent bei der kommunalen Ebene. Letztlich handelt es sich hier um eine Gemeinschaftsleistung, die auch pragmatisches Denken erfordert.

Kommunen legen ihren Hebesatz fest

GZ: Da die Steuer sowieso erst ab 2025 gilt, geht den Kommunen auch nichts verloren.

Füracker: Unser Ziel ist es, den Kommunen im Jahr 2024 alle Messbeträge zu übermitteln. Sie haben dann nur die Aufgabe, ihren neuen Hebesatz entsprechend festzulegen. Das wird sicher nochmals Diskussionen nach sich ziehen. Ich kann den Kommunen nur (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Kriminalstatistik 2022:

Innere Sicherheit auf hohem Niveau

Ein langjähriger Trend setzt sich fort: Wie Innenminister Joachim Herrmann bei seiner Bilanz zur bayerischen Kriminalstatistik 2022 ausführte, verzeichne der Freistaat im Vergleich zum letzten Vor-Corona-Jahr 2019 in vielen Bereichen bessere Werte. Vor allem aber sei die Kriminalitätsbelastung und damit das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, gesunken. Somit sei es gelungen, die Innere Sicherheit in Bayern auch unter stark fordernden Bedingungen auf einem hohen Niveau aufrecht zu erhalten. „Auch weiterhin heißt es: „In Bayern leben, heißt sicherer leben!“, stellte Herrmann fest.

Bereinigt um die ausländerrechtlichen Verstöße ist 2022 nach seinen Worten ein Anstieg von 10,4 Prozent auf 561.392 Fälle zu verzeichnen. Gegenüber dem Berichtsjahr 2019 ist ein Rückgang um 6.569 Fälle bzw. 1,2 Prozent zu erkennen. Der prozentuale Anteil der auslän-

derrechtlichen Verstöße an der Gesamtkriminalität beträgt 9,3 Prozent. Er ist gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozentpunkte angestiegen. Im Vergleich zu 2019 ist der Anteil um 3,4 Prozentpunkte gewachsen.



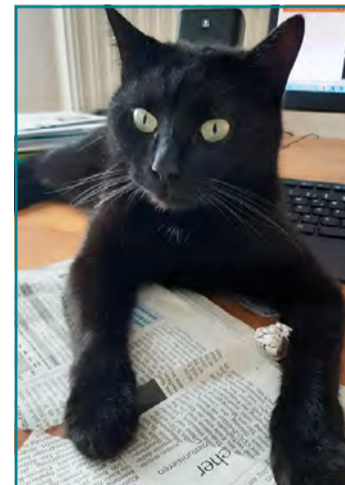
Staatsminister Joachim Herrmann.
Bild: Bayerisches Innenministerium

derrechtlichen Verstöße an der Gesamtkriminalität beträgt 9,3 Prozent. Er ist gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozentpunkte angestiegen. Im Vergleich zu 2019 ist der Anteil um 3,4 Prozentpunkte gewachsen.

Gravierender Anstieg der Straftaten

Die Straftaten insgesamt (nicht bereinigt), die im Berichtsjahr 2022 zur polizeilichen Kriminalstatistik gemeldet wurden, haben im Vergleich zum Vorjahr um 13,9 Prozent auf 619.089 Fälle zugenommen. Im Vergleich zum Berichtsjahr 2019 ist hier ein Anstieg um 15.625 Fälle bzw. +2,6 Prozent festzustellen.

Wichtigster Gradmesser in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist die Kriminalitätsbelastung. Die um die ausländerrechtlichen Verstöße bereinigt-



Das Kaufhaus ist als Konzept untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit verknüpft und wird daher hoch emotional gesehen. Aber das wird dem Kaufhaus nicht helfen, so Pino, der Rathauskater. Scheußliche Konsumtempel, Internetbestellmöglichkeiten und nicht zuletzt das Ladenöffnungsregime sind dafür verantwortlich, dass das Kaufhaus keine Zukunft hat.
Seite 15



Bayerns Finanzminister Albert Füracker, MdL, mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.
Bild: Michael Brandl

Alle erforderlichen Daten liegen doch den Ämtern vor. Warum wurden diese nicht zusammengeführt und dann dem Eigentümer zur Kontrolle vorgelegt?

Albert Füracker: Die Grundsteuer musste auf Forderung des Bundesverfassungsgerichts reformiert werden. Zuletzt kalkulierten die Finanzämter den Wert einer Immobilie für die bisherige Grundsteuer auf Grundlage veralteter Daten, in Ostdeutschland Daten von 1935 und in Westdeutschland von 1964. Laut Gesetz hätte man diese Daten alle sieben Jahre aktualisieren und die Einheitswerte fortschreiben müssen. Das ist nicht geschehen. Vor diesem Hintergrund wäre es keine gute Lösung gewesen, die Bürgerinnen und Bürger jetzt um einen Abgleich mit diesen alten

Bayerischer Landkreistag:

Kreisfinanzen, ÖPNV und Klimaschutz in der Diskussion

Die Kreishaushalte 2023 stehen stark unter Druck. Ursächlich hierfür sind erhebliche Ausgabensteigerungen in zahlreichen Bereichen wie etwa Sozial- und Jugendhilfe, Energiekosten, flüchtlingsbedingte Mehrbelastungen, Personalkosten und Kreiskrankenhäuser, wie in den Beratungen des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen des Bayerischen Landkreistags unter dem Vorsitz von Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) deutlich wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschussberatungen war die notwendige Vereinfachung von Förderprogrammen. Der Ausschuss hält Förderprogram-

inzwischen aber eine Komplexität erreicht, dass Förderanträge häufig nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bzw. nicht mehr fristgerecht gestellt werden können. Ziel müsse es daher sein, dass die Förderprogramme den Bedarfen und Umsetzungsmöglichkeiten der Kommunen besser gerecht werden. Dies erfordere auch eine engere und frühzeitige Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden, hieß es.

Klarheit für das Deutschlandticket

Klarheit fordern die bayerischen Landräte auch beim günstigen Deutschlandticket, das die ÖPNV-Nutzung für den Bürger deutlich vereinfacht. Wenn gleich für 2023 die Finanzierung gesichert ist, fehle für die Folgejahre eine verlässliche Finanzierungszusage für die Kommunen. Die Landkreise können kein zusätzliches Defizit schultern, weswegen die Kreischefs eine klare Zusage von Land und Bund fordern. Zudem brauchen die Auf-

gabenträger für die Umsetzung schnell Klarheit, welche Kosten der Bund ausgleicht. Um dem ÖPNV im ländlichen Raum echten Antrieb zu geben, braucht es aus ihrer Sicht allerdings mehr. Darin waren sich die Landräte im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag einig.

Das Angebot muss passen

„In den Landkreisen in der Fläche geht es primär um den weiteren Ausbau des Angebots. Deswegen heißt es bei uns: Angebot vor Tarif. Angebote und Tarif müssen passen. Wenn aufgrund der Subventionen für den Tarif kein Geld für den Erhalt und den Ausbau des Angebots übrigbleibt, gehen die Angebote in den Ballungsgebieten zu Lasten der Mobilität im ländlichen Raum. Hier müssen beide Bedarfe im Blick bleiben“, erläuterte der Ausschussvorsitzende Landrat Franz Löffler, Cham, und ergänzte: „Das Deutschlandticket an sich hat das Fahrtangebot um keinen Deut verbessert. Öffentlicher Personennahverkehr überzeugt dann, wenn das Angebot passt. Wichtig ist, dass man leicht von A nach B kommt. Wir brauchen nicht nur aus Gründen des Klimaschut-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Stefan Rößle.

me für grundsätzlich sinnvoll, um die Kommunen bei ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Die derzeitige Förderlandschaft mit unzähligen Programmen und immer bürokratischeren Anforderungen habe

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Termine GZ-Akademie	2
Anhörung zur Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes	2
Erzähl-Café zum 90. von Prof. Dr. Werner Buchner	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV-Kongress für erfolgreiche Frauen in der Kommunalpolitik	3
Bilanzveranstaltung „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“	3
Kommunale Bauthemen	5-7
Wasser · Abwasser	8
Sicherheit und Katastrophenschutz	9
Kommunale Finanzthemen	10-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Bilanzveranstaltung „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“:

Imponierendes Bürgerengagement

Heimat ist mehr als ein Ort. Heimat sind die Menschen und die Gefühle, die sie mit einer Region verbinden. Der von den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und für Heimat sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im März 2022 gestartete „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“ setzt hier an, er bietet Raum, um sich auszutauschen und dabei gute Ideen und Strategien für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung Bayerns in den nächsten Jahren zu finden. Der im Rahmen einer Bilanzveranstaltung mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber vorgelegte Ergebnisbericht zeichnet die gemeinsame „Zukunftsvision Heimat.Bayern 2040“.

Wie Ministerpräsident Söder feststellte, „ist Bayern Sehnsuchtsort und Glücksland. Die Bayern leben gerne in ihrer Heimat und sind zufrieden mit ihrem Land. Aber wir wollen immer noch besser werden. Wir arbeiten intensiv daran, dass auch der Ländliche Raum beste Zukunftschancen hat. Mehr Digitalisierung, mehr ÖPNV, mehr Dezentralisierung bei Behörden und Hochschulen schaffen Entwicklungsperspektiven.“

Aktive Heimatgestalter

Laut Staatsminister Albert Füracker „sind Bayerns Bürgerinnen und Bürger aktive Heimatgestalter: Über 8.600 Beiträge haben sie in den Zukunftsdialog eingebracht – das Engagement war beeindruckend.“ Folgende elf Zukunftsthemen, die den Menschen besonders wichtig sind, hätten sich dabei herauskristallisiert: 1. Heimat, 2. Ehrenamt, Vereinsleben und gesamtgesellschaftlicher Zusammenhalt, 3. Bayerns Geschichte, Traditionen, Bräuche, Kultur und Dialekte, 4. Energiewende, 5. Klimawandel, 6. Daseinsvorsorge, Siedlungsentwicklung und Städtebau, 7. Demografischer Wandel, 8. Mobilitätswende, 9. Wirtschaft und Fachkräftesicherung, 10. Regionale Landwirtschaft und (Lebensmittel-)Versorgung, 11. Bürokratieabbau.

Elf Umsetzungsmaßnahmen, die zur Stärkung der bayerischen Heimat beitragen sollen, seien zudem bereits auf den Weg gebracht worden, betonte Füracker. So wurde unter anderem das neue Forschungsprojekt „Heimat – mehr als ein Gefühl“ in Kooperation mit der Technischen Hochschule Nürnberg geschaffen. Überdies wird am 21. Mai 2023 der bayernweite „Heimat.Erlebnistag“ mit regionalen Aktionen, Führungen und Vorträgen stattfinden. Auch sollen heimatverbundene Unternehmen ausgezeichnet werden. Der Wettbewerb hierzu wurde im Februar gestartet. Außerdem sollen in einer Best Practice-Datenbank gute Beispiele von Kommunen für Kommunen gesammelt werden. „Unser Ziel bleibt weiter: Wir wollen zusammen unsere Heimat ‚fit für die Zukunft‘ machen“, unterstrich der Minister.

Wie Staatsministerin Michaela Kaniber ausführte, sei der Zukunftsdialog Heimat.Bayern, eine in dieser Breite nie dagewesene Plattform des Austauschs, die viele Menschen und frische Ideen zusammengebracht habe: „Unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern konnten sich mit ihren Vorstellungen einbringen und ein modernes Zukunftsbild von Bayern erarbeiten. Gemeinschaft, Nachhaltigkeit, Regionalität und Beteiligung sind dabei zentrale, von sehr vielen Teilnehmern genannte Stichworte. Sie fordern gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und dafür Unterstützung. Und sie wollen dabei intensiv informiert und eingebunden werden.“

„Hier kommt unserer Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit ihren auf Beteiligung ausgegerichteten Instrumenten und Initiativen eine entscheidende Rolle zu“, fuhr die Ministerin fort. „Nah an den Menschen und am

Puls der Zeit, bieten wir wirksame Hilfen an. So weiten wir im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung unsere Initiative ‚Smarte Gemeinde – auf dem Weg in die digitale Zukunft‘ um eine interkommunale Digitalisierungsstrategie aus.“ Beim Start des breit angelegten „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“ war das Herzstück die Beteiligung der Bürger unter anderem im Rahmen der Umfrage „Heimatspiegel Bayern 2022“.

Heimatverbundene Unternehmen

Aufbauend auf den Ergebnissen folgten im November 2022 der Unternehmerdialog „Heimatverbundene Unternehmen“ und der Jugenddialog „Junges Forum“. Insgesamt hat der Zukunftsdialog zum Mitdenken, Mitmachen und Handeln animiert. Kaniber zufolge wurde deutlich, dass jede und jeder Einzelne Möglichkeiten hat, mitzuwirken. „Die aus dem Dialog hervorgegangenen Handlungsfelder mit den konkreten Ideen und Vorschlägen der Menschen stehen bei den einzelnen Fachministerien und Verwaltungen weiterhin auf der Agenda. Das Erreichen der Ziele bei den einzelnen Zukunftsthemen wird im Fokus stehen und regelmäßig überprüft werden“, so die Ministerin. DK

Landesversammlung 2023 der Lebenshilfe Bayern:

Trautner neue Landesvorsitzende

Neue Spitze bei der bayerischen Lebenshilfe: Die Landtagsabgeordnete und frühere Sozialministerin Carolina Trautner wurde zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. „Es ist für mich eine große Ehre, mich hier einbringen zu dürfen“, betonte Trautner bei ihrer engagierten Antrittsrede vor gut 90 Delegierten auf der Landesversammlung der Lebenshilfe Bayern in Erlangen.

Als zentrale Zukunftsthemen nannte die neue Vorsitzende der Lebenshilfe Bayern: ausreichend Wohnraum für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen sowie Inklusion in der Bildung und bei Freizeitangeboten ebenso voranzubringen wie in der Arbeitswelt und in der Gesundheitsversorgung.

Inklusives Miteinander leben

„Es ist höchste Zeit, dass wir inklusives Miteinander leben!“, betonte die 61-jährige Sozialpolitikerin in ihrer Rede. Dabei müsse sich auch die Lebenshilfe in Bayern selbst weiterentwickeln und ihre Haltungen und Positionen in drängenden Fragen der Zukunft finden – in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, in der Unterstützung und Entlastung ihrer Familien und im gesellschaftlichen Zusammenleben insgesamt, so die neue Landesvorsitzende Carolina Trautner auf der Landesversammlung der Lebenshilfe Bayern in Erlangen.

Carolina Trautner, MdL.



Carolina Trautner, MdL.
Bild: Matthias Baumgartner

Ausgezeichnetes Engagement

Carolina Trautner ist seit 2013 Mitglied des bayerischen Landtages (MdL). Die CSU-Politikerin engagiert sich unter anderem beim Bayerischen Roten Kreuz, beim katholischen Deutschen Frauenbund – Landesverband Bayern und beim Kolping-Bildungswerk Bayern. Von 2020 bis 2022 war sie Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales. Für ihre hervorragenden Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk wurde Carolina Trautner im Oktober 2022 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Die gebürtige Augsburgerin ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Weiteres zur Person unter <https://www.carolina-trautner.de>.

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

was wäre die Kommunalpolitik ohne starke Frauen? Um die Kommunalpolitikerinnen in Bayern zu fördern, hat die KPV im vergangenen Jahr die Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen braucht das Land“ ins Leben gerufen.

Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht Frauen in der Kommunalpolitik verstärkt zu fördern, zu vernetzen und zu unterstützen. So ist es ein Ziel den Frauenanteil bei den nächsten Kommunalwahlen 2026 zu erhöhen.

KPV-Kongress für erfolgreiche Frauen in der Kommunalpolitik

Die KPV-Initiative hat, unter der Leitung der KPV-Frauenbeauftragten Christine Borst, am Weltfrauentag einen Kongress für die CSU-Kommunalpolitikerinnen organisiert. Auf dem Kongress wurde auf Podiumsdiskussionen, mit Vorträgen und Impulsen die Rolle von Frauen in der



Kommunalpolitik mit prominenten Gästen und erfahrenen Mandatsträgerinnen diskutiert.

So gab es eine Diskussion mit Bürgermeisterinnen über ihren Weg in die Rathäuser sowie Impulse zu den nächsten Kommunalwahlen unter dem Motto „Mehr Frauen braucht das Land“ und Vorträge zur Frauenförderung in der CSU von der stv. Generalsekretärin der CSU, Tanja Schorer-Dremel (MdL) sowie der Landesvorsitzenden der Frauen Union und Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf (MdL).

Der Kongress der Kommunalpolitikerinnen hat gezeigt, wie wichtig die Frauenförderung innerhalb von Parteien sowie die Erhöhung des Anteils der Frauen in der CSU und der bayerischen Kommunalpolitik ist. Als KPV werden wir uns in Zukunft verstärkt für die Förderung von Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik einsetzen.

Der erfolgreiche Kongress war der Startschuss unserer KPV-Initiative um die Strukturen und Netzwerke für Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik zu stärken und dies federführend durch erfolgreiche und erfahrene Frauen und Männer aus der KPV zu begleiten.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Gemeinsamer Pflegekongress von CSA, GPA und SEN

Staatsminister Holetschek fordert von Bundesregierung rasche Pflegereform

Zum gemeinsamen Pflegekongress hatten die drei CSU-Arbeitsgemeinschaften Senioren-Union (SEN), Arbeitnehmer-Union (CSA) sowie der Gesundheits- und Pflegepolitische Arbeitskreis (GPA) eingeladen. Selten war ein Kongress von so starkem Engagement, persönlicher Betroffenheit und Willen zur Verbesserung der Situation getragen wie dieses Treffen in der CSU-Landesleitung. In seiner Begrüßung betonte der CSA-Landesvorsitzende Dr. Volker Ullrich, MdB: „Das Thema Pflege ist in die DNA der CSU eingeschrieben, denn es geht um das christliche Menschenbild und die soziale Verantwortung in unserem Land.“

Der GPA-Landesvorsitzende Bernhard Seidenath, MdL, stellte in seinem Grußwort die dramatische Situation in der Pflege dar, machte aber gleichzeitig auch auf die vielen Initiativen und Maßnahmen der CSU aufmerksam. Die CSU-Landtagsfraktion unterstützt unter anderem die Einrichtung von Springerpools in der Pflege, die Schaffung ei-

ner Pflegepädagoginnenprämie sowie die Rückgewinnung von Pflegekräften. Weiterhin wies der Vorsitzende auf die vorhandenen GPA-Positionspapiere „Wege aus dem Fachkräftemangel“ und „Vorschläge zur Pflegestrukturreform“ hin (abrufbar unter: <https://www.csu.de/partei/partearbeit/arbeitskreise/gpa/gpa-positionen/>).

Pflegende Angehörige

Unter der Leitung des GPA-Ehrenvorsitzenden und Leiter der SEN-AG Gesundheit und Pflege, Dr. med. Christian Alex, diskutierten die Abgeordnete Emmi Zeulner, MdB, die Vorsitzende der pflegenden Angehörigen e.V., Kornelia Schmid, und der Leiter des Landesamts für Pflege, Achim Uhl, das Thema „Ambulante Pflege & Pflegende Angehörige – Wie können wir den wachsenden Herausforderungen begegnen?“. Dr. Alex fasste wie folgt zusammen: „70 bis 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause durch Angehörige gepflegt. Dabei sind die Betroffenen oft auf sich allein gestellt, sei es finanziell, sei es bei der Beratung oder anderen Hilfestellungen.“

Trotz einer zunehmenden Zahl von Pflegebedürftigen gibt es immer weniger ambulante Pflegedienste, weil sie kein Personal finden. Nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss in Gesellschaft und Politik endlich einen höheren Stellenwert bekommen, der sich beispielsweise auch in der Rente auswirkt. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern mindestens zwölf, wenn nicht sogar nach zwölf. Die Uhr bleibt nicht stehen.“

Stationäre Pflege

Das zweite Panel befasste sich mit dem Thema „Stationäre Pflege“.

näre Pflege – Wege aus dem Fachkräftemangel“. Der Präsident der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB), Georg Sigl-Lehner, wies darauf hin, dass 10 Prozent der stationären Plätze wegen Personalmangels nicht besetzt werden könnten. Eine Auslastung von 95 Prozent sei für die Wirtschaftlichkeit eines Pflegeheimes aber notwendig. Der eklatante Personalmangel könne auch nicht im Ansatz durch Anwerbungen im Ausland abgefangen werden. Staatsministerin a.D. Christa Stewens und Erich Irlstorfer, MdB, bestätigten die dramatische Entwicklung. „Wir laufen auf eine humanitäre Katastrophe zu, wenn sich nichts ändert“, so der Moderator und GPA-Landesvorsitzende Bernhard Seidenath, MdL.

Staatsminister Holetschek fordert rasche Pflegereform

Höhepunkt des Pflegekongresses war die Rede von Staatsminister Klaus Holetschek. Der Bayerische Gesundheitsminister nannte konkrete Vorschläge, wie Verfahren beschleunigt und bürokratische Fehlentwicklungen abgebaut werden könnten. Er betonte: „Für mich ist der Pflegekongress eine begrüßenswerte Initiative.“ Holetschek sagte zu, bei weiteren Veranstaltungen dieser Art in den Regierungsbezirken zur Verfügung zu stehen. Zugleich forderte er die Bundesregierung auf, rasch für eine echte Pflegereform zu sorgen: „Die Herausforderungen sind enorm: Wir müssen die Pflege attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte auch in der Langzeitpflege verbessern. Attraktive Arbeitsbedingungen kann es nachhaltig nur in einem solide finanzierten System geben.“

Abschließend betonte der SEN-Landesvorsitzende Franz Meyer: „Unser Leitbild ist die Würde des Menschen. Das gilt für Pflegebedürftige ebenso wie für pflegende Angehörige und beruflich Pflegenden. Strukturelle Probleme müssen benannt und mit geeigneten Maßnahmen an den richtigen Stellen gelöst werden. Deshalb findet Staatsminister Holetschek die volle Unterstützung der Senioren-Union.“ □

Fit für die Zukunft

Neues Politik-Magazin politicus der Hanns-Seidel-Stiftung

Den gesellschaftspolitischen Dialog mitzugestalten, das ist die wichtigste Aufgabe politischer Stiftungen. Eine hervorragende Möglichkeit, politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger zu erreichen sind Publikationen – wie die neue Zeitschrift politicus, welche die Hanns-Seidel-Stiftung vorstellte.

Das Magazin richtet sich in Look und Feel an eine jüngere Zielgruppe und kommt entsprechend in modernem Layout mit kurzen Texten und zahlreichen Bildern und Grafiken daher. Das Themenspektrum ist breit gefächert und reicht von den Rubriken Perspektiven über Kommentar/Nachgefragt bis hin zum Blick in die Welt. Jede Ausgabe wird einem Schwerpunktthema gewidmet. Dieses Mal lautet es Zukunft. „Als Europapolitiker gefällt mir der Beitrag über die Römischen Verträge besonders gut, in dem es um die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts geht“, schwärmt Markus Ferber, MdEP, und Vorsitzender der Stiftung. „Unser Auftrag ist es, Politik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zu erklären.“

Das Magazin erscheint ab sofort viermal jährlich in einer Auflage von 4.500 Exemplaren. Es liegt kostenfrei in Bildungs- und Veranstaltungszentren aus und ist zum Download abrufbar unter <https://www.hss.de/publikationen/>. □

Bayerisches Kabinett zum Wohnungsbau:

Der Bundesgesetzgeber muss nachlegen!

Der bayerische Ministerrat hat vom Bund Maßnahmen zur Ankerbelung des Wohnungsbaus gefordert. Mit dem Wohnbau-Booster Bayern habe die Staatsregierung bereits ein starkes Programm auf den Weg gebracht, mit dem die bayerischen Wohnraumförderprogramme weiterentwickelt werden und der Wohnungsbau im Freistaat weiter angekurbelt wird, hieß es. Doch auch der Bund müsse nachlegen, damit das Ziel von deutschlandweit 400.000 neuen Wohnungen im Jahr erfüllt werden kann.

Mit einer Bundesratsinitiative fordert der Freistaat deshalb zunächst, angesichts der gegenwärtigen Preisentwicklung im Bausektor die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in den Mietwohnungsbau und den Erwerb von Wohneigentum zu verbessern. Dazu zählten die dauerhafte Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung, eine Steuerbegünstigung beim Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum, eine Länderöffnungsklausel bei der Grunderwerbsteuer und eine Länderöffnungsklausel bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Damit sollen die Bürger beim Erwerb und Erhalt von selbstgenutzten Wohnimmobilien entlastet werden.

Vor dem Hintergrund, „dass Förderstopps und Modifizierungen der Programmbedingungen der KfW im Laufe des Jahres 2022 zu erheblicher Verunsicherung bei Bauherren geführt haben“, plädiert der Freistaat überdies dafür, die KfW-Programme mindestens auf dem Niveau von 2021 mit einem Fördervolumen von etwa 18 Milliarden Euro auszustatten. Insbesondere die für 2023 veranschlagten 1,1 Milliarden Euro für den Neubau seien deutlich zu

niedrig. Außerdem müsse das Programm „Klimafreundlicher Neubau“ überarbeitet werden und alternativ zu Darlehen auch Zuschüsse für private Bauherren als Förderanreiz anbieten. Für die Gebäudesanierung seien die Fördersätze wieder anzuheben. Weitere Verschärfungen der technischen Anforderungen an Gebäude, die die Baupreise zusätzlich in die Höhe treiben, müssten unterbleiben.

Spielräume erweitern!

Angesichts des weiter gestiegenen Drucks auf den Wohnungsmarkt benötigen die Kommunen aus Sicht der bayerischen Staatsregierung größere und vor allem flexiblere Handlungsspielräume bei der Mobilisierung von Wohnbauland. Auch hier müsse der Bundesgesetzgeber nachlegen. Der Freistaat fordert insbesondere, die durch das Baulandmobilisierungsgesetz geschaffene erleichterte Befreiungsmöglichkeit von Festsetzungen des Bebauungsplans nach § 31 Abs. 3 BauGB vorbehaltlich der Zustimmung der betroffenen Gemeinde künftig für alle Kommunen einzuführen.

Damit die Kommunen Bauland zügig bereitstellen können, sei

die Bauleitplanung weiter zu beschleunigen und zu vereinfachen. Die Staatsregierung appelliert deshalb an den Bund, unter anderem das zum 31. Dezember 2022 ausgelaufene beschleunigte Bebauungsplanverfahren in Ortsrandlagen nach § 13b BauGB mit Schwerpunkt auf dem Bau von Mehrfamilienhäusern zu verlängern. Außerdem soll das vereinfachte Bebauungsplanverfahren auch für die Aufhebung von Bauleitplänen zur Verfügung gestellt werden.

Zudem würde ein Wohnbaurecht auf Zeit helfen, das „Horten“ von wertvollem Wohnbauland zu Spekulationszwecken zu

Neue Difu-Arbeitshilfe zum Baugebot

Eine neue Arbeitshilfe, die das Difu im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung entwickelt hat, gibt Empfehlungen, wie Kommunen das bisher selten genutzte Instrument des Baugebots effektiv zur Schaffung von Wohnraum nutzen können.

Bei der Bewältigung des Themas Wohnraummangel muss es nicht immer nur um die Schaffung neuer Baugebiete gehen. Auch innerhalb der Städte bestehen zahlreiche Möglichkeiten, den dringenden erforderlichen Wohnungsbau zu forcieren. So gibt es viele Baulücken, Brachflächen oder Baugrundstücke, die derzeit nur als Parkplätze oder auf sonstige Weise nicht effektiv genutzt werden. Diese Potenziale müssen gehoben werden, um schnell und ohne aufwändige Planungsverfahren

verhindern. Der Freistaat fordert den Bund deshalb auf, die bestehenden Bedingungs- bzw. Befristungsmöglichkeiten im Baugesetzbuch für die zulässige Art der baulichen Nutzung zu erweitern und so den Kommunen neben dem in der Praxis kaum angewandten und klageanfälligen Baugebot ein anreizbasiertes Wohnbaurecht auf Zeit zur Verfügung zu stellen.

Mit dem von der letzten Bundesregierung erfolgreich gestarteten Baukindergeld wurde rund einer halben Million Familien in Deutschland dabei geholfen, Eigentumswohnungen oder Häuser zu kaufen oder zu bauen. Deshalb verlangt der Freistaat ein neues Baukindergeld 2 mit insgesamt 15.000 Euro staatlichem Zuschuss pro Kind in zehn Jahren. Das Baukindergeld soll Familien bis zu einem Haushaltseinkommen von maximal 100.000 Euro gewährt werden. **DK**

neue Wohnungen bauen zu können. Städte und Gemeinden sind gefordert, zunächst mit Kooperations- und Unterstützungsangeboten, notfalls aber auch unter Einsatz eines Baugebots dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken. Das Aussprechen eines Baugebots ermöglicht den Gemeinden, Eigentümerinnen und Eigentümer durch Bescheid zu verpflichten, innerhalb einer Frist ihr Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu bebauen oder ein vorhandenes Gebäude an

www.solid-unit.de

Neuer Innovations-Blog stellt Klimaschutzpotenziale innovativer CO₂-reduzierter Baustoffe und Bautechniken vor. Durch innovativen Massivbau lässt sich eine große Hebelwirkung zu Gunsten des Klimaschutzes erzielen. Welche CO₂-reduzierten Baustoffe und Bautechniken es gibt und was ihr konkreter Beitrag zum Klimaschutz ist, stellt der neue solid UNIT Innovationsblog auf der Homepage www.solid-unit.de vor.

Das Netzwerk solid UNIT Bayern verbindet acht Bauwirtschaftsverbände, die für die Produktion und Verarbeitung mineralischer Bauprodukte in Bayern stehen. Sie vertreten rund 200.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in 4.000 Unternehmen, die in Bayern mehr als 30 Mrd. Euro Wertschöpfung erwirtschaften. Die ersten Blog-Beiträge thematisieren die Möglichkeit zur CO₂-Einsparung bei der Zement- und Betonproduktion mittels KI bzw. Hochleistungsultraschall der Start-ups alchemy und Sonocrete. Das Start-up N1 Trading zeigt, wie mit der Software „Site Depot“ effizient Materialflüsse gesteuert und dadurch Zeit, CO₂-Emissionen und Abfall reduziert werden können. Aber auch die Minimierung des Ressourcenverbrauchs mit dem KS-Kreislaufstein zählt zu den ersten Beiträgen. Jedes Prozent an wiederverwertetem Recyclingmaterial trägt als Sekundärrohstoff zur Ressourceneinsparung bei und ist ein Gewinn für die Umwelt.

Andreas Demharter, Vorsitzender von solid UNIT Bayern: „Mineralische Baustoffe haben aus gutem Grund eine lange Tradition: Sie sind regional verfügbar, sehr gut recycelbar, klimaresilient und reduzieren durch ihren natürlichen Wärmespeichereffekt den Energiebedarf eines Bauwerks. All diese Nachhaltigkeitsvorteile gilt es nun mit einem möglichst reduzierten CO₂-Abdruck zu kombinieren, denn unser Ziel ist die Klimaneutralität eines Bauwerks. Wie dies zukünftig möglich sein wird, soll der solid UNIT Innovationsblog aufzeigen.“

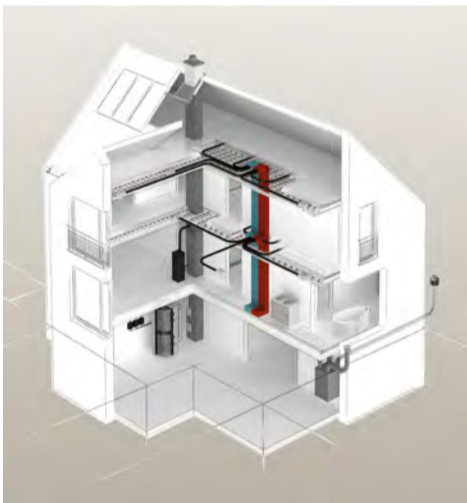
Ausgabe 6/2023 der Bayerischen GemeindeZeitung liegt der Sonderdruck „Innovativer Massivbau für den Klimaschutz“ bei, der gemeinsam mit solid UNIT erstellt wurde. □

bestimmte Kriterien anzupassen.

Bislang haben Kommunen Baugebote nur selten angewandt. In der Arbeitshilfe zeigt das Difu Wege auf, in welchen Fällen und auf welche Weise das Baugebot einen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum leisten kann.

„Häufig reicht es bereits aus, die Option „Baugebot“ im Umgang mit Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken zu kom-

munizieren. Erfolgreich sind laut Arbeitshilfe Strategien, die über den Einzelfall hinaus vorhandene Potenziale identifizieren, Schwerpunkte setzen und diese Potenziale durch ein gestuftes – informelle und formelle Handlungsoptionen nutzendes – Vorgehen systematisch erschließen. Die Publikation zeigt darüber hinaus, was zur rechtssicheren Anwendung des Baugebots erforderlich ist. □



© Ofendesign Rogmans, Gangkofen

ERLUS^e

Qualität aus Deutschland

Ausgezeichnet!

ERLUS Schornsteinsysteme und Lüftungsnetzwerk Via Vento S: Die wohngesunden Bauprodukte von ERLUS

Wussten Sie, dass wir über 90 Prozent unserer Lebenszeit drinnen verbringen? Das erklärt, weshalb wir auf ein gesundes Raumklima achten sollten! Häuser mit hohen Schadstoffwerten können nämlich krank machen.

Doch welches Raumklima ist gesund? Welche Baumaterialien sind schadstoffarm? Sind die Angaben glaubwürdig? Wie behalte ich den Überblick? Das Sentinel Haus Institut (SHI) liefert Antworten zu gesundem Bauen, Sanieren und Wohnen und garantiert Ihnen schnelle, sichere Orientierung am Markt. Dort finden Sie alle Baustoffe, die von renommierten, akkreditierten Prüfinstituten gründlich auf Schadstoffe untersucht und nach SHI-Kriterien zertifiziert worden sind. Unsere ERLUS Schornsteinsysteme und das Lüftungsnetzwerk ERLUS Via Vento S haben diese anspruchsvollen Kontrollen und Qualifizierungsmaßnahmen durchlaufen und sind mit dem Zertifikat des Sentinel Haus Instituts ausgezeichnet worden.

Alle Materialien der ERLUS Schornsteinsysteme und des Lüftungsnetzwerks ERLUS Via Vento S entsprechen den aktuellen Anforderungen an wohngesunde Produkte. Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag für Ihr schadstofffreies Haus.



www.erlus.com/Wohngesundheit

Digitale Zukunft benötigt digitale Bildungsformate

Der Digitalplan für Bayern wurde vor wenigen Tagen nach Abstimmungen in den Ministerien verabschiedet. Das damit verknüpfte Zielbild Bayerns für das Jahr 2030 beschreibt eine Gesellschaft, die digital versiert ist und digitale Technologien mit Souveränität und Umsicht im Sinne des Gemeinwohls nutzt. Um dieses Zielbild in der Realität zu erreichen ist neben der aktiven Gestaltung des Wandels auf Entscheidungs- und Arbeitsebenen vor allem auch die Begleitung des Veränderungsprozesses für die Menschen in Bayern wichtig. Denn noch immer stehen viele Bürgerinnen und Bürger dem digitalen Wandel mit einem Gefühl von Unsicherheit gegenüber. So würden sich laut einer Umfrage im Rahmen der Erarbeitung des Digitalplans über die Hälfte der Befragten im Internet sicherer fühlen, wenn sie mehr Bildungsangebote zu den Grundlagen von Informatikstechnik und -sicherheit zur Verfügung hätten. Das Problem: Viele der Befragten sind Arbeitnehmende und befinden sich somit außerhalb von schulischen und universitären Bildungsformaten, die ihnen die notwendigen Kompetenzen vermitteln können.

„Hierin zeigt sich die Notwendigkeit ergänzender Bildungsformate abseits der Schulen und Universitäten“, sagt Widar

Wendt, Leiter der atene KOM Akademie. „Es braucht Bildungsformate, die sich mit den Rahmenbedingungen von Arbeitnehmenden vereinbaren lassen und auf ihre Anforderungen zugeschnitten sind. Digitale Angebote, insbesondere solche von Lernplattformen anerkannter Institutionen leisten hier einen integralen Beitrag.“

Digital schlägt analog

Digitale Bildungsformate bieten viele Vorteile gegenüber analogen Varianten wie Seminare und klassische Weiterbildungen. Sie lassen sich zeit- sowie ortsunabhängig nutzen, stehen Nutzerinnen und Nutzer also jederzeit zur Verfügung und können von ihnen optimal in ihren Berufsalltag integriert werden. Ob aus dem Homeoffice oder dem



Widar Wendt, Leiter Bildungsmanagement. Bild: atene KOM

Kirchheim:

Spatenstich für Kinderhaus

Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf hat den Spatenstich für das künftige Haus für Kinder II in Kirchheim gefeiert: „In Kirchheim entsteht ein neuer Zukunftsort für unsere Kinder! 200 Hortplätze und Schulräume für 42 Kinder in drei Förderklassen sind für Familien im Landkreis München ein großer Gewinn!“

Weiter bekräftigt die Familienministerin das Ganztagesversprechen: „Wir ermöglichen den Ausbau von 130.000 neuen Ganztagsplätzen bis 2028. Der Ganztagsausbau dient den Familien in Bayern – sie brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung! Das ist die familien- und sozialpolitische Verantwortung unserer herausfordernden Zeit, der wir uns aktiv stellen. Wir setzen mit dem Ganztagsausbau ein wichtiges Signal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!“

Ab dem Schuljahr 2026/2027 wird stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs unterstützt

der Freistaat die Kommunen tatkräftig. Bereits seit August 2022 haben die Kommunen Planungssicherheit: Sie können schon jetzt Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Sonderförderung aus dem künftigen Landesförderprogramm „Ganztagsausbau“ erhalten, um ihre Projekte voranzutreiben. Diese attraktive Möglichkeit hat die Gemeinde Kirchheim beim Haus für Kinder II genutzt.

Bayern investiert seit Jahren in den Ausbau und in die Qualität der Kindertagesbetreuung. In den vergangenen elf Jahren konnte die Zahl der Kita-Beschäftigten von etwa 64.000 auf über 114.000 gesteigert werden – also um rund 78 Prozent. □

Mit Holz klimafreundlich bauen:

Beratung für Bauherren

Bauherren können sich bei allen fachlichen Fragen rund um das Zukunftsthema „Bauen mit Holz“ an die Fachberatung Holzbau Bayern wenden. Nach einer erfolgreichen Testphase im vergangenen Jahr wird das im Rahmen der bayerischen Holzbauintiative eingeführte kostenlose Serviceangebot ab sofort dauerhaft allen privaten, kommunalen und staatlichen Bauherren zur Verfügung gestellt. Dies gab Forstministerin Michaela Kaniber bekannt.

Kaniber: „Mit dieser Entscheidung setzen wir in Bayern ein weiteres wichtiges Signal für mehr klimafreundliches Bauen mit Holz! Unsere kostenfreie Fachberatung räumt mit Vorurteilen schonungslos auf und setzt gezielt da an, wo die Entscheidung für den klimafreundlichen Öko-Rohstoff getroffen wird: Bei den Bauherren in Bayern. Wer mit Holz baut, betreibt aktiven Klimaschutz.“

Ziel des nun dauerhaften Beratungsangebots ist es, heimisches Holz als den umwelt- und klimafreundlichsten aller Baustoffe weiter voranzubringen. „Verbautes Holz aus nachhaltiger bayeri-

scher Waldwirtschaft ist der beste Klimaretter, den wir in Bayern haben. Dieses Potenzial müssen wir nutzen“, so Kaniber. Egal ob mehrgeschossige Wohnhäuser, kommunale Kindergärten, landwirtschaftliche Betriebsgebäude oder die Aufstockung von bestehenden Bauten – jeder Bauherr erhält künftig kostenlos und unbürokratisch eine professionelle Erstberatung zum modernen Holzbau. Neben der telefonischen Information kommen die Holzbauprofiten bei Bedarf auch direkt vorbei.

Weitere Informationen unter: <https://fachberatungholzbau-bayern.de/> □

Büro: Mit einem Zugang zum Internet können Lernende ortsunabhängig von ihren Endgeräten auf digitale Bildungsinhalte zugreifen. In Form von E-Learning, Webinaren und Hybridformaten können Nutzer sich wichtige Kenntnisse zum Datenschutz, E-Akten, Mobilfunk und anderen relevanten Themenfeldern aneignen.

Widar Wendt gibt jedoch zu bedenken: „Bei der Menge an Inhalten, die im Internet zu finden sind, fällt es oft schwer, qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu finden, die die digitalen Kompetenzen aufbauen. Hinzu kommt, dass Unternehmen und Content-Ersteller nicht immer wissenschaftlichen Standards folgen. Dabei bilden einheitliche Standards, eine ausgebaute Infrastruktur, organisatorische Anpassungen, Befähigung von Lehrenden sowie qualitativ hochwertige und sichere Inhalte die Basis für den Ausbau der Digitalkompetenz.“ Viele Verantwortliche in Bildungsinstitutionen wie der atene KOM Akademie wissen um diesen Umstand und haben ihre Antwort in Form eigens erstellter Lernplattformen gefunden.

Verband bayerischer Wohnungsunternehmen:

Düstere Aussichten im Wahljahr 2023

Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen warnt vor einem drastischen Rückgang beim Wohnungsbau. Eine durch die Bevölkerungsentwicklung hohe Nachfrage treffe aktuell auf eine große Zurückhaltung bei den Bauherren. „Im Moment steuert die Politik in eine Bau- und Wohnungskrise“, sagt Verbandsdirektor Hans Maier in Nürnberg.

Zehn Jahre lang haben die 500 Mitglieder des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen regelmäßig neue Rekordzahlen bei den Baufertigstellungen gemeldet. Zuletzt für das Jahr 2021. Doch dieser Boom hat sich für den Verbandschef erledigt. „Auch unsere Mitglieder legen gegenwärtig zahlreiche Neubau- und Modernisierungsprojekte auf Eis“, betont Maier. Als Ursachen für den Rückgang beim Wohnungsbau nennt er die hohen Baukosten, gestiegene Zinsen und die Auswirkungen der Energiekrise. Die bei so hohen Kosten notwendigen Mieten könnten die Kunden der sozial orientierten Wohnungswirtschaft schlichtweg nicht bezahlen.

Diese Entwicklung komme jedoch zur Unzeit. Schließlich sei Bayern das Bundesland mit dem größten Bevölkerungsanstieg. Seit 2011 ist der Freistaat um rund 880.000 Einwohner gewachsen. Die Folge für den Wohnungsmarkt: „Wohnungsmangel auch in vielen Klein- und Mittelstädten“, berichtet Maier. Der VdW Bayern hat hochgerechnet, dass in Bayern allein 200.000 bezahlbare Wohnungen fehlen. Zwar würde sich der Druck auf dem Wohnungsmarkt auch in der Gründung von Wohnungsunternehmen widerspiegeln. So habe der VdW Bayern in den letzten zehn Jahren 50 neue Mitgliedsunternehmen hinzugezogen. Doch auch diese Unternehmen würden passende Rahmenbedingungen brauchen, um die gewünschte Wirkung erzielen zu können. „Wenn das Umfeld für den Wohnungsneubau nicht besser wird, lassen sich die vielen Pläne und Ideen nicht verwirklichen“, betont Maier.

Die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt bestätigen die Vorstände der Vereinigung der Wohnungsunternehmen in Mittelfranken, Johannes Soellner und Roland Breun. Die positive Entwicklung beim Wohnungsbau in Mittelfranken sei im Jahr 2023 wohl vorbei. Im Geschäftsjahr 2022 stimmten die Zahlen noch.

Zentraler Ort des Kompetenzerwerbs

Digitale Lernplattformen bieten für Nutzer einen besonderen Mehrwert, denn auf ihnen finden sie hochwertige und standardisierte digitale Weiterbildungsmöglichkeiten gebündelt an einem Ort. Gut durchdachte Lernplattformen berücksichtigen die unterschiedlichen Kompetenzniveaus der Nutzer. Sie können sich aus einem Katalog an Kursen diejenigen aussuchen, die ihren Kompetenzen entsprechen. Die Plattform dokumentiert den individuellen Lernfortschritt, testet erlangtes Wissen und stellt Teilnahmebestätigungen sowie Zertifikate aus. Zusätzlich können die Plattformentwickler anhand der Resultate, Teilnahmezahlen und konkretem Feedback ihre Lerninhalte stetig optimieren und aktualisieren.

Wendt sieht gerade hierin die Stärke von Lernplattformen: „Sie lassen sich schnell an neue Gesetzeslagen und Forschungsergebnisse anpassen. Die atene KOM Akademie beispielsweise arbeitet mit einer Vielzahl an unternehmensinternen und externen Expertinnen und Experten zusammen, um die Lerninhalte stetig zu verfeinern und zu erweitern. So können Lernplattformen immer auf die Bedürfnisse der Unternehmen und der Gesellschaft ausgerichtet werden.“ □



Eintrag ins Goldene Buch. V.l.: 1. Bürgermeister Christian Wilhelm, Erik Beisswenger, Staatsminister Klaus Holetschek, Thomas Gehring, Landrätin Indra Baier-Müller. Bild: Dominik Berchtold

Neues AlpenStadtMuseum Sonthofen:

Wert der Heimat

Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit wurde das AlpenStadtMuseum, früheres Heimathaus in Sonthofens Kulturviertel, eröffnet. Im Beisein zahlreicher geladener Gäste gaben Erster Bürgermeister Christian Wilhelm, Gesundheitsminister Klaus Holetschek und die Oberallgäuer Landrätin Indra Baier-Müller das Leuchtturmprojekt in die Hände von Museumsleiterin Mechtild Fischer.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa elf Millionen Euro. Die Regierung von Schwaben bewilligte insgesamt über 5,8 Millionen Euro Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“ und dem Bayerischen Sonderfonds „Innenstädte beleben“.

Die Zuwendungen wurden von der EU, vom Bund und aus dem vom Bayerischen Landtag beschlossenen Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr bereitgestellt.

Ort der Begegnung

„Als Bürgermeister hat man nur selten die Chance, ein für die Kulturlandschaft seiner Stadt so wichtiges Projekt zu verwirklichen“, betonte Rathauschef Wilhelm. Mit dem neuen AlpenStadtMuseum samt Café gewinne Sonthofen einen neuen Lieblingsort im Kulturviertel hinzu – einen Ort der lebendigen Geschichte, des interaktiven Lernens und der Begegnung von Jung und Alt. Landrätin Baier-Müller bezeichnete Kultur als „ein Grundbedürfnis der Menschen“. Das neue Museum solle neben einem Ort des Sammelns und Bewahrens vor allem ein Ort der Begegnung und der Wissensvermittlung sein.

Bereicherung der Allgäuer Kulturlandschaft

Gesundheitsminister Holetschek unterstrich den Wert des Museums als Bereicherung der Allgäuer Kulturlandschaft: „Den Wert der Heimat halte ich für enorm, besonders in unserer schnelllebigen Zeit, die durch Mobilität und oft vielen Umzügen gekennzeichnet ist. Hier ist das Erleben und Erfahren von Heimat und Heimatverbundenheit Teil des Programms.“

Mit der Sanierung, dem Umbau und der Erweiterung des Heimathauses zu einem neukonzipierten Stadtmuseum setzt die Stadt Sonthofen ein vorbildliches Bau- und Kulturprojekt um. Der mehrteilige Gebäudekomplex wird künftig eine bedeutende Rolle im Kulturbetrieb der Stadt und der Region einnehmen.

Kultureller Mehrwert

Ein Teil des Museums besteht aus einem ehemaligen denkmalgeschützten Bauernhaus, das im Kern auf das 16. Jahrhundert zurückreicht und selbst als Exponat erlebbar ist. Die Anpassung

des Heimathauses an die zeitgemäßen Anforderungen einer musealen Einrichtung beinhaltet einen überaus beachtenswerten Mehrwert für die kulturelle Qualität und Attraktivität der Stadt Sonthofen und des Oberallgäus.

Erlebte Geschichte

Die Dauerausstellung wurde mit ihren Themen inhaltlich neu geordnet und dem aktuellen Forschungsstand angepasst. Zusammen mit einer Sonderausstellungsfläche ist eine abwechslungsreiche Museumslandschaft mit verbesserter Besucherorientierung und barrierefreier Erschließung entstanden. Das Museum macht die Geschichte Sonthofens erlebbar – für Erwachsene und die jüngere Generation. Eine eigene Kinderperspektive vermittelt die Themen spielerisch und altersgerecht. Taststationen und eine Tour mit Audiodeskription ermöglichen auch Menschen mit Einschränkungen die Angebote des Museums zu nutzen. Künftige Veranstaltungen, ein Mehrzweckraum und ein Museumscafé tragen dazu bei, neben dem Kultur- und Bildungsauftrag an ein Museum, das gesellschaftliche Leben zu bereichern.

Förderprogramme

Die vorbereitenden Maßnahmen sowie die Sanierung des ehemaligen Bauernhauses wurden mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“ mit über 3,6 Millionen Euro unterstützt. Der Neubau als wichtiger Baustein des musealen Gesamtkonzepts und die Ausstattung des Museums wurden im Maßnahmschwerpunkt „Förderung nichtstaatlicher Museen“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE 2014-2020) mit über 1,7 Millionen Euro gefördert, ergänzt durch weitere Fördergeber. Die Außenanlagen bis hin zu einem Teil der Kirchstraße wurden im Sonderfonds „Innenstädte beleben“ des Freistaats Bayern mit 500.000 Euro bezuschusst.

Großes Besucherinteresse

Inklusive des Eröffnungswochenendes strömten in den ersten Wochen nach Angaben von Museumsleiterin Fischer knapp 5.000 Besucher in die neue Einrichtung. Zahlreiche Einheimische, aber auch viele Tagestouristen aus dem gesamten Allgäu hätten das AlpenStadtMuseum aufgesucht. **DK**

Branchen-Bündnis warnt vor „Talfahrt beim Neubau“

Die „Top 30 des Wohnungsbaus“ richten 6-Punkte-Notplan an Bundes- und Landesregierungen, Parlamente und Parteispitzen

Das bundesweit größte Branchen-Bündnis der Bau- und Immobilienwirtschaft warnt vor einem Einbruch beim Wohnungsbau: Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, in der sich 30 Organisationen und Verbände der Bau- und Immobilienbranche zusammengeschlossen haben, erwartet einen anhaltenden und sogar zunehmenden Abwärtstrend beim Neubau von Wohnungen. Der Staat müsse deshalb jetzt entschieden gegensteuern.

Das Branchen-Bündnis spricht von einer „Talfahrt, die gerade gefährlich an Tempo zulegt“. Mehr und mehr Wohnungsbauprojekte würden auf Eis gelegt. „Die bereits heute bestehenden gravierenden Engpässe auf vielen regionalen Wohnungsmärkten werden sich so weiter verschärfen“, so die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. Letztlich drohten Kurzarbeit und Entlassungen.

Die Akteure des Wohnungsbaus in Deutschland fordern deshalb ein schnelles, konsequentes und effektives Umsteuern der Wohnungsbaupolitik von Bund und Ländern. Hierzu legt das Bündnis heute ein Positionspapier als „6-Punkte-Notplan für den Wohnungsbau“ vor. Vom Bundeskanzler über die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bis zu den Parteispitzen – alle für den Wohnungsbau Verantwortlichen bekamen Post: Adressaten sind die Bundesregierung und der Bundestag sowie die Landesregierungen und Länderparlamente. Ebenso die Parteien. Ziel müsse es sein, eine weitere Verschärfung auf den ohnehin angespannten Wohnungsmärkten zu vermeiden. Um die soziale Frage des Wohnens in den Griff zu bekommen, gebe es vor allem beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau erheblichen Nachholbedarf. Hier müsse der Staat deutlich mehr investieren und die Rahmenbedingungen für den Neu- und Umbau verbesser-

tern. So müsse das Baurecht erheblich schlanker werden. Darüber hinaus sei es notwendig, die Anreize für den Neubau und die Modernisierung über die bereits erfolgten Verbesserungen hinaus noch attraktiver zu machen.

Wachsende Inflation, Zinserhöhungen, steigende Energiekosten etc. – Aufgabe des Staates ist es, so das Wohnungsbau-Bündnis, alles daranzusetzen, negativen Bedingungen für den Neubau wirksam entgegenzutreten und das Wohnen für die Menschen wieder bezahlbar zu machen.

Wohnen bezahlbar machen

Konkret bedeute dies eine neue und attraktivere Förderkulisse für den Neubau. Allein beim nachhaltigen und klimafreundlichen Wohnungsneubau sei angesichts steigender Kosten eine Verzehnfachung der Förderung notwendig: Die aus dem Klimaausgleichsfonds für die Neubauförderung bereitgestellte Summe von 1,1 Milliarden Euro müsse auf mindestens 10 Milliarden Euro pro Jahr erhöht und um eine Sozialkomponente für bezahlbare Neubaumieten ergänzt werden. Nur so sei die Wende im Neubau zu schaffen.

Bundesweit gibt es weniger als 1,1 Millionen Sozialwohnungen – für das Wohnungsbau-Bündnis ein „alarmierender Zustand“. Für den sozialen Wohnungsbau müs-

se der Bund seine Förderung um ein Vielfaches aufstocken – und das rasch. Die Länder müssten hier bei der Finanzierung mitziehen. Ziel müsse es sein, in diesem Jahrzehnt 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu bauen. Zusammen mit dem Ankauf von Belegungsrechten müsse es so gelingen, bundesweit wieder auf mindestens zwei Millionen Sozialwohnungen zu kommen.

Ruf nach mehr Wohneigentum

Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ fordert darüber hinaus eine Offensive für mehr Wohneigentum: Da häufig Eigenkapital fehle, spricht sich das Bündnis – wie im Ampel-Koalitionsvertrag vorgesehen – für eine rasche Bereitstellung von Darlehen des Bundes aus, die das fehlende Startkapital ersetzen sollen. Wer niedrige Einkommen hat, solle darüber hinaus einen Förderbonus des Staates bekommen. Nur so hätten weite Teile der Bevölkerung überhaupt eine Chance auf Wohneigentum. Wichtig sei auch, den Kauf von Altbauwohnungen und bestehenden Wohnhäusern zu fördern, wenn diese anschließend energetisch modernisiert würden.

Die Branche fordert zudem einen „Sanierungs-Booster“: Um die energetische Sanierung voranzubringen, müsse der Staat seine Förderung deutlich verbessern. Die Zeit sei dabei ein wichtiger und drängender Faktor. Und es komme darauf an, die Modernisierungsraten deutlich zu erhöhen. So müssten die oft umfangreichen Energiespar-Sanierungen von Miethäusern deshalb deutlich besser unterstützt werden – ohne Mieterhaushalte zusätz-

lich zu belasten: Es sei wichtig, hier „Warmmieten-neutral“ vorzugehen. Darüber hinaus sei es notwendig, Familien und weniger einkommensstarke Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum intensiver zu fördern.

Das Bündnis beklagt vor allem auch ein zu kompliziertes Baurecht, das das Bauen zudem unnötig teuer mache. Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse müssten deutlich schlanker und schneller werden. Notwendig dafür sei auch mehr Personal in den Behörden. Eine Experimentierklausel soll „schlankes Bauen“ möglich machen. Gesetze, Normen und Standards sollten dabei flexibler ausgelegt werden können: Die Branche fordert mehr Befreiheit beim Bauen und weniger Kontrollzwang bei den Behörden. Als Beispiel nennt sie Abstriche beim Schallschutz.

Darüber hinaus setzt die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ auf „Baumaterial von vor Ort“: Die heimische Rohstoffgewinnung fürs Baumaterial solle gesichert und gestärkt werden, ebenso wie der Einsatz von Recycling-Baustoffen. Und die Branche warnt: Es wird spätestens dann, wenn die Baby-Boomer-Generation in Rente geht, einen zunehmenden Mangel an Fachkräften auf dem Bau geben. Es komme deshalb darauf an, auch jetzt in der Krise die vorhandene Manpower zu halten und künftig die Zuwanderung von Arbeitskräften zu sichern. Wichtig dabei sei es, Hürden abzubauen und qualifizierten Menschen durch ein reformiertes Fachkräfteeinwanderungsrecht den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Und zwar zu fairen, tariflichen Bedingungen. Ziel müsse es zudem sein, auch junge Menschen aus dem Ausland für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen. □

Zum Start der Neubauförderung:

BMWSB gibt aktuelle Zinskonditionen bekannt

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen startet das Programm „Klimafreundlicher Neubau“. Damit steht eine staatliche Unterstützung zur Verfügung, die den Neubau und Ersterwerb von energieeffizienten und klimaangepassten Wohn- und Nichtwohngebäuden fördert.

Diese Förderung erfolgt über zinsverbilligte Kredite, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Verfügung gestellt werden. Privatpersonen, Genossenschaften, Unternehmen und Investoren können diese Kredite über ihre Finanzierungspartner vor Ort beantragen.

Zweistufige Förderung

Seit heute sind die Zinskonditionen rund um die Förderung bekannt: So ermöglicht eine hohe Zinsverbilligung beispielsweise einen effektiven Endkundenzins in Höhe von 0,90 Prozent p.a. bei einer Kreditlaufzeit von 35 Jahren und einer Zinsbindung von 10 Jahren. Wer wiederum einen Förderkredit mit einer kurzen Kreditlaufzeit von 10 Jahren beantragt, kann aktuell sogar einen effektiven Endkundenzins in Höhe von 0,01 Prozent p.a. erhalten. Die tagesaktuellen Zinskonditionen können unter www.kfw.de/konditionen eingesehen werden.

Die Förderung wird in zwei Stufen vergeben: Die Stufe Klimafreundliches Wohngebäude/Nichtwohngebäude wird erreicht, wenn ein Effizienzhaus 40 die Anforderung Treibhausgasemissionen im Gebäudelebenszyklus für den Neubau von Wohngebäuden

des Qualitätssiegels Nachhaltiges Gebäude PLUS (QNG-PLUS) erfüllt und nicht mit fossilen oder biogenen Energieträgern beheizt wird. Wer diese Anforderung erfüllt, kann von der KfW-Bank einen vergünstigten Kredit i. H. von 100.000 Euro erhalten.

Klimafreundliches Wohngebäude/Nichtwohngebäude – mit QNG

Die Stufe Klimafreundliches Wohngebäude/Nichtwohngebäude – mit QNG wird erreicht, wenn für ein Effizienzhaus 40 ein Nachhaltigkeitszertifikat ausgestellt wird, das die Übereinstimmung der Maßnahme mit den Anforderungen des „Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude Plus“ (QNG-PLUS) oder „Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude Premium“ (QNG-PREMIUM) bestätigt. Wer diese Anforderung erfüllt, kann einen Kredit in Höhe bis zu 150.000 Euro erhalten.

Bauherrn von Nichtwohngebäuden können maximal 10 Mio. Euro zinsverbilligte Kredite erhalten (bis zu 2.000 Euro pro Quadratmeter Nettogrundfläche). Bei Vorliegen des QNG-Standards steigt der zinsverbilligte Kredit sogar auf max. 15 Mio. Euro (bis zu 3.000 Euro pro Quadratmeter Nettogrundfläche). □

Baustellendieben ein Schnippchen schlagen

Video Guard verhindert Delikte – und trägt im Fall der Fälle zur Aufklärung bei

Diebstähle auf Baustellen bleiben ein Dauerthema. Doch viele Delikte werden gar nicht erst gemeldet. Der administrative Aufwand und die Erwartung, dass die Straftat unaufgeklärt bleibt, sind Gründe dafür. Damit es erst gar nicht zu einer Straftat kommt, sollten Baustellen mittels Kamertechnik wie Video Guard bewacht werden. Detektiert das System unerwünschte Personen, wird der hochauflösende Stream an die Alarmzentrale übermittelt. Die Aufzeichnungen helfen bei der Identifikation von Eindringlingen und erleichtern somit die Aufklärung von Straftaten. Im Regelfall wirkt die Kamerabewachung an sich bereits abschreckend und präventiv.

Photovoltaikmodule, Kabel oder direkt ein ganzer Bagger gestohlen: Die Meldungen zu Baustellendiebstählen sind durchgehend präsent. Doch viele Delikte tauchen in der Statistik und der Presse gar nicht auf, da sie nicht zur Anzeige gebracht werden. Die Gründe sind vielfältig: Eine mangelhafte Dokumentation der Materialien und Geräte erschwert Bauverantwortlichen die Meldung. Auch scheuen Bauunternehmen den administrativen Aufwand. Denn oftmals steht die Wiederbeschaffung von Material und Maschinen an erster Stelle – und diese stellt bereits einen hohen zeitlichen Aufwand dar.

Zudem gehen viele davon aus, dass die Straftat sowieso nicht aufgeklärt wird. Und diese Befürchtung ist leider nicht ganz unbegründet: Während in den letzten Jahren nahezu 55 Prozent aller Straftaten in Deutschland aufgeklärt wurden, ist die Aufklärungsquote bei Diebstahl deutlich niedriger. Doch jede Meldung – auch kleinerer Diebstähle – erleichtert die Strafverfolgung.

Das Bundeskriminalamt rät unter anderem, Baustellen lückenlos mit einem mindestens 2,5 Meter hohen Bauzaun mit Übersteig-

cherung zu schützen. Auch werden eine Ausleuchtung von Lagerplätzen, Rad- und Lenkradkrallen sowie Ortungsgeräte für Baufahrzeuge empfohlen. Letztere sollten so geparkt werden, dass der Zugang zum Tank erschwert ist. Bei längerer Unterbrechung der Bautätigkeit ist es ratsam, den Kraftstoff zu entfernen und Strom abzustellen. Ergänzt, optimiert und teilweise sogar ersetzt werden diese Maßnahmen durch eine kamerabasierte Bewachung – wie etwa mit Video Guard. „Grundsätzlich sollte es natürlich das Ziel sein, dass es erst gar nicht zu einem Diebstahl auf der Baustelle kommt“, erklärt Jörn Wandler, Geschäftsführer der International Security GmbH.

Gesichert von Beginn an

Das bewusste Auseinandersetzen mit schützenswerten Materialien und Maschinen führt bereits zu Projektbeginn zu einer verbesserten Dokumentation. Im Idealfall sollte die Kamerabewachung bereits im Grobkonzept der Baustelleneinrichtung verankert sein – und somit vor Projektstart eingeplant werden. Die Video Guard-Türme werden hier zunächst

auf Grundlage eines Flächenplans kalkuliert. Die Anzahl der Systeme ist unter anderem von der Art und Größe des Bauvorhabens, der Ausdehnung sowie von der Lage der Baustelle abhängig – und auch von der Frage, ob eine flächendeckende Bewachung erfolgt oder ein bestimmter Bereich definiert ist, indem beispielsweise Material und Maschinen außerhalb der Arbeitszeiten gelagert werden.

Ereignisgesteuertes Eingreifen

Detektiert das Bewachungssystem per selbstlernender Videoanalytik unerwünschte Personen auf der Baustelle, wird der hochauflösende Stream an die Alarmzentrale übermittelt. Geschulte Mitarbeiter sichten das Material und reagieren zunächst durch direkte Ansprache. Letztere erfolgt über das am Kameratum installierte Lautsprechersystem. In der Regel führt dieser Schritt bereits zum Rückzug der potenziellen Täter – eine Straftat wird somit durch die unmittelbare Reaktion verhindert.

Führt die Ansprache nicht zur Flucht, organisiert die Alarmzentrale die Interventionsmaßnahmen zusammen mit der zuständigen Polizei oder einem Wachdienst. Die kurze Reaktionszeit und eine klare Verortung der Täter auf dem Gelände erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ergreifen möglich ist. Zudem helfen die Kameraaufzeichnungen bei der Identifikation von Eindringlingen und sind vor Gericht verwertbar. Sie erleichtern somit die Aufklärung von Straftaten. Info: www.videoguard24.de □



EINFACH BESSER - FÜR IHR BUDGET UND DIE UMWELT

Als Unternehmen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, für Straßen- und Wegebau sowie sonstige zementgebundene Bauweisen ein Additiv zu entwickeln, welches ökonomisch und ökologisch neue Maßstäbe setzt – unser NT BASE.

NT BASE verbessert nachweislich die Eigenschaften von Zement. Und das in jeder Schicht. Sparen Sie sich den Ausbau, den Transport, die Lagerung und die Deponierung von Baustoffen, welche Sie bereits teuer bezahlt und verbaut haben. Verfestigen Sie den Oberbau unmittelbar vor Ort und reduzieren Sie Instandhaltungskosten und Bauzeiten.

Es ist so einfach und effizient wie es sich anhört!

Sie haben Fragen an uns? Wir helfen Ihnen gerne!

089 - 215 45 40 30 | www.corent-ag.de



Alle ziehen an einem Strang: Die Nutzer des Tiefengrundwassers aus dem überdeckten Sandsteinkeuper, Vertreterinnen und Vertreter des Landratsamtes und des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach.

Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Tiefengrundwasserentnahmen aus dem überdeckten Sandsteinkeuper

Die Nutzer des Tiefengrundwassers aus dem überdeckten Sandsteinkeuper im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen erarbeiten gemeinsam auf Initiative des Landratsamtes Weißenburg-Gunzenhausen und des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach ein Konzept zur nachhaltigen Nutzung des Grundwasservorkommens und zur Steigerung der Versorgungssicherheit der bestehenden, ortsnahen Wasserversorgungsstrukturen. Im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen geht man dabei neue Wege, um das Tiefengrundwasser zu schonen. Dabei sind sich alle Nutzer einig, Alternativen zur derzeitigen Entnahme zu ermitteln oder Einsparmöglichkeiten zu nutzen.

Im südlichen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen fördert die öffentliche Wasserversorgung überwiegend Wasser aus dem überdeckten Sandsteinkeuper. Ebenso wird dieses Tiefengrundwasservorkommen zur Mineralwasserherstellung entnommen. Im Einzelnen handelt es sich um die Stadtwerke Weißenburg, die Gemeinden Alesheim und Ettenstatt, die Zweckverbände Burgsalacher Juragruppenwasserversorgung, die Pfofelder Gruppe, die Gnotzheimer Gruppe und um die Firma Altmühltaler Mineralbrunnen GmbH in Treuchtlingen. Die Wasserrechte der genannten Nutzer sind durch das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen befristet erteilt worden und laufen zwischen 2025 und 2039 aus.

Zukünftige und nachhaltige Nutzung

Das Grundwasservorkommen im überdeckten Sandsteinkeuper hat aufgrund der mächtigen Überdeckung nur eine sehr geringe Grundwasserneubildungsrate und somit ein hohes Entstellungsalter. Tiefengrundwasser regeneriert nur langsam. Deshalb sind strenge Maßstäbe an eine sparsame und nachhaltige Nutzung des Tiefengrundwassers anzulegen, was eine Reduzierung der einzelnen Entnahmen sowie eine Anpassung der einzelnen Wasserrechte zur Folge hat.

Aus diesen Gründen haben Landrat Manuel Westphal und der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach Thomas Keller erstmalig alle Nutzer zusammen im Sommer 2022 zu einer Gesprächsrunde über die zukünftige und nachhaltige Nutzung des Grundwasservorkommens eingeladen. Vorangegangen waren verschiedene Einzelgespräche, die nun in dieser großen Abstimmungsrunde mündeten.

Dabei wurden zunächst die fachlichen und rechtlichen Grundlagen erläutert sowie vereinbart, die Wasserrechte für alle Nutzer im Jahr 2026 neu zu erteilen. Alle Teilnehmenden der Gesprächsrunde bis auf die Gemeinde Alesheim haben sich dazu auch schon bereit erklärt.

Hier haben insbesondere die Wasserversorger mit einer längeren Laufzeit des Bescheides ein großes Zugeständnis erteilt. Al-

len Beteiligten ist klar, dass die zukünftige Entnahme gemeinsam betrachtet werden muss und Einsparpotenziale von allen genutzt werden müssen, um das Tiefengrundwasser aus dem überdeckten Sandsteinkeuper zu schonen. Des Weiteren wurden alle Teilnehmer gebeten, etwaige Einsparmöglichkeiten oder Alternativen zur derzeitigen Entnahme aus dem Tiefengrundwasser zu ermitteln. Die Zwischenergebnisse wurden nun bei einem weiteren gemeinsamen Treffen vorgestellt und erörtert. Bei diesem Treffen war ebenfalls die Stadt Treuchtlingen vertreten.

Einsparmöglichkeiten der öffentlichen Wasserversorger

Die Wasserversorger haben zwischenzeitlich die jeweiligen grundsätzlichen Möglichkeiten der Einsparung von Tiefengrundwasser abgeschätzt und in der zweiten gemeinsamen Sitzung Anfang dieses Jahres dargelegt. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um die Reduzierung der Abgabe an andere Wasserversorger, Alternativen für Großabnehmer (z. B. eigene Brunnen), Reduzierung der Wasserverluste in den Leitungen, Schaffung eines Verbundsystems sowie der Prüfung von aktuell nicht genutzten Grundwasservorkommen mit höherer Neubildung.

Probeprobungen der Firma Altmühltaler

Die Fa. Altmühltaler Mineralbrunnen GmbH hat nach dem ersten gemeinsamen Treffen die wasserrechtliche Genehmigung für Versuchsbohrungen für eine alternative Erschließung beantragt und nach Vorliegen der entsprechenden Genehmigung durch das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen damit begonnen. Die ersten Ergebnisse aus der ersten Versuchsbohrung durch die Fa. Altmühltaler Mineralbrunnen GmbH liegen vor. Hier kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die vorgefundene Quantität und Qualität des Wassers aus dem höher gelegenen Eisensandstein zuversichtlich stimmt. Das Wasser kann voraussichtlich als Mineralwasser genutzt werden, um somit Tiefengrundwasser aus dem Sandsteinkeuper zu ersetzen.

rin Dr. Dr. Kristina Becker als Vertreterin der Stadt Treuchtlingen in die Abstimmungsgespräche eingebunden, obwohl Treuchtlingen nicht von einer zukünftigen Nutzungseinschränkung im überdeckten Sandsteinkeuper betroffen ist.

Durch die bereits vorhandene ortsnaher Gewinnungsanlage bei Schambach, dem Wasserbezug von dem Zweckverband Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum und dem Verbund mit den Stadtwerken Weißenburg ist die Versorgungssicherheit auch für die Zukunft gewährleistet.

Ausblick

Nun stehen als nächste Schritte Einzelgespräche zwischen den Wasserversorgern, dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach und dem Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen an, um die bisher nur geschätzten Einsparmöglichkeiten und Alternativen zu konkretisieren und weiter zu planen. Ebenfalls muss die zweite Versuchsbohrung der Firma Altmühltaler abgeschlossen und ausgewertet werden. Danach sollen diese Ergebnisse in einem weiteren gemeinsamen Gespräch aller Beteiligten vorgestellt und die nächsten Schritte gemeinsam besprochen und festgelegt werden.

Bei all den gemeinsamen Überlegungen werden die Grundsätze zum Erhalt und Nutzung der ortsnahen Gewinnungsanlagen sowie zur Steigerung der Versorgungssicherheit im besonderen Maße berücksichtigt.

Das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen informiert auch online über die aktuellen Wasserrechtsverfahren und speziell auch zu der Nutzung des Tiefengrundwassers aus dem überdeckten Sandsteinkeuper unter www.landkreis-wug.de/informationen-wasserrechtsverfahren/. □

Stadt Treuchtlingen

Neben den genannten Nutzern ist ebenfalls Bürgermeister-

Stadt Rehau:

SüdWasser setzt Ultraschall-Wasserzähler ein

Bayernwerktochter investiert in innovative Wasserzähler Pilotprojekt für smarte Lösungen in der Wasserversorgung

Im oberfränkischen Rehau (Landkreis Hof) kann der Wasserverbrauch künftig über Funk ausgelesen werden. Die Bayernwerktochter SüdWasser GmbH hat in Kooperation mit den Stadtwerken Rehau in fast allen Haushalten hochmoderne Ultraschall-Wasserzähler eingebaut. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen ihre Zählerstände nicht mehr selbst ablesen, auch kommt niemand zum Ablesen ins Haus. Einmal jährlich fährt ein Funkwagen durch die Straßen und empfängt die Signale der Zähler. „Dieses Verfahren vereinfacht die Logistik für SüdWasser ungemein und die Bürger haben einen geringeren Aufwand“, erläutert Robert Braun, Abteilungsleiter der Trinkwasserabteilung der SüdWasser GmbH. Im Rahmen des Pilotprojekts sind insgesamt rund 3.000 Zähler geplant, rund 2.850 sind bereits verbaut.

Kontaktlose Ablesung spart Zeit und Geld

Durch den Ultraschall-Wasserzähler wird die Ablesung effizienter. Die sogenannte Drive-by-Auslesung wird mit einem Auto durchgeführt, das mit einer Magnetantenne versehen ist. Die Antenne wiederum ist an ein Ablesegerät mit Tablet im Auto gekoppelt. „Die Technik ist eine gute Lösung für Kommunen, denn sie setzt keine bestehende Sendefunkinfrastruktur voraus“, erklärt Braun. Auf der Fahrt durch die Straßenzüge funkeln die Mitarbeiter die einzelnen Ultraschallzähler an und erhalten die Daten zum Wasserverbrauch direkt auf ihr Ablesegerät. Fehlmeldungen durch Zahlendreher werden damit ausgeschlossen und zudem können die Daten im Unternehmen direkt weiterverarbeitet werden. Das spart Zeit, entlastet die Kunden und hilft, Personalressourcen effizienter einzusetzen.

Langlebige Technik

Auch wenn der flächendeckende Einbau des Ultraschall-

zählers aufwendig sei, rechnet sich die innovative Technologie für die Kommunen, erläutert Braun. Mit einer Lebensdauer von 16 Jahren ist die Batterie und damit der Zähler sehr langlebig. Unter Anwendung des Stichprobenverfahrens kann er länger verbaut bleiben als ein mechanischer Zähler. Dieser muss alle sechs Jahre getauscht werden. Kommunen sparen damit Dienstleistungs- und Beschaffungskosten.

Zähler spüren Lecks auf und vermeiden Wasserverluste

Ultraschall-Wasserzähler messen den Verbrauch anhand von Schallwellen. Sie senden ein Signal, können damit die Fließgeschwindigkeit und darüber den Verbrauch ermitteln. Der von der SüdWasser verwendete Zähler der dänischen Firma Kamstrup unterscheidet sich von anderen Modellen vor allem wegen der eingebauten akustischen Leckagedetektion (ALD), mit der sich Lecks im Verteilernetz aufspüren lassen. Eingebaut wird der Zähler am Hausanschluss. Mithilfe der Ultra-

Umweltausschuss im Bayerischen Landtag:

Trink- und Grundwasserschutz mit Augenmaß

Mit drei Änderungsanträgen zum Landesentwicklungsprogramm, die im Umweltausschuss beschlossen wurden, bekennt sich die CSU-Fraktion weiterhin dazu, Wasserschutz und Wasserversorgung auf höchstem Niveau sicherzustellen.

Konkret wird in den drei Änderungsanträgen klargestellt, dass Grundwasser insbesondere der Trinkwasserversorgung dient, Tiefengrundwasser besonders geschont wird und durch Wasserschutzgebiete oder Vorranggebiete geschützte Trinkwasservorkommen für die zukünftige Nutzung erhalten bleiben sollen. Laut Fraktion wurden die Änderungsanträge erforderlich, um Trinkwasserschutz mit dem Umbau der Energieversorgung in Einklang zu bringen.

Wenige Tage zuvor hatten die Landtags-Grünen mit einem Dringlichkeitsantrag in der Plenarsitzung den Schutz des Grundwassers eingefordert. Es könne nicht sein, dass kommerzielle Wasserabfüller mit öffentlichen Wasserschutzgebieten angestastet werden. Weiter verlangten die Grünen ein Verbot der kom-

merziellen Entnahme in Regionen mit überwiegend sinkendem Grundwasserpegel. Tiefengrundwasser solle nur noch in speziellen Ausnahmefällen gewerblich genutzt werden dürfen.

Verlässlicher Schutz

„Die Versuche der Opposition, hier Unsicherheiten beim Lebenselixier Wasser zu schüren, sind unlauter“, stellte dazu der umweltpolitische Sprecher der CSU-Fraktion, Eric Beißwenger, fest. Wir als CSU-Fraktion schützen seit jeher verlässlich die lebenswichtige Ressource Wasser. Das ist vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels notwendiger denn je. Mit den heute behandelten Änderungsanträgen ermöglichen wir gleichzeitig den wichtigen Interessensausgleich für das Gelingen der Energiewende.“ DK

VKU-Innovationspreis für Zweckverband Laaber-Naab

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat bei seiner Verbandstagung Macher und Vordenker der Daseinsvorsorge mit dem VKU-Innovationspreis ausgezeichnet. In der Kategorie Kommunale Wasser- / Abwasserwirtschaft siegte der Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Laaber-Naab in Beratzhausen mit seinem Projekt „Das blaue Rechenzentrum“.

Der Zweckverband hat ein Rechenzentrum gebaut, das mittels Wasserkälte aus dem eigenen Hochbehälter gekühlt wird. Der Gesamtenergieverbrauch liegt dadurch weit unter dem Durchschnitt deutscher Rechenzentren. Die jährliche Treibhausgasminderung liegt dank der Wasserkühlung bei über 3.000 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr.

Durch das neue Rechenzentrum können die ineffizienten Rechenzentren der elf Mitgliedsgemeinden ersetzt werden. Darüber hinaus hat es die Kapazitäten, weiteren Betrieben und Behörden, beispielsweise Krankenhäusern, der Polizei oder dem Finanzamt, zur Verfügung zu stehen.

Technik prinzipiell übertragbar

Mittels Wärmetauscher wird dem fließenden Wasser die Kühlenergie entzogen. Das kalte Wasser fließt im Sekundärkreislauf ins Rechenzentrum zu den Kühlventilatoren und kühlt die Rechner. Dabei wird das Trinkwasser nur unwesentlich erwärmt (<1°C). Das erwärmte Wasser fließt zurück zum Wärmetauscher und wird wieder abgekühlt. Die Technik ist prinzipiell auf jeden der 5.000 Wasserversorger in Deutschland übertragbar. Das Rechenzentrum ist mit dem „Blauen Engel“ zertifiziert und wird durch das Forschungszentrum Jülich gefördert.

„Dass auch kleine kommunale Unternehmen großartige Innovationen hervorbringen können, das hat der Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Laaber-Naab unter Beweis gestellt“, betonte Jurymitglied Marion Walsmann, Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Sein zukunftsweisendes Projekt habe große Bedeutung für die Zukunft der Daseinsvorsorge, vor allem für die rund 20.000 Trinkwasserbehälter in Deutschland. „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, so Walsmann. DK

schall-Technologie erfasst das ALD Geräuschmuster im Wasser. Überschreitet der niedrigste gemessene Geräuschwert einen bestimmten Pegel, deutet das auf ein mögliches Leck oder einen Wasserrohrbruch hin. Wie ein feinmaschiges Netzwerk von Geräuschloggern kontrollieren die Zähler auf diese Weise die Hausanschlüsse und Verteilungsleitungen.

So kann die Suche nach dem undichten Rohr schneller und präziser räumlich eingegrenzt werden als bisher. „Für uns ist der Zähler ein tolles Hilfsmittel für einen schonungsvollen und nachhaltigen Umgang mit Trinkwasserressourcen“, fügt Braun an.

Kompetenzzentrum Wasser der Bayernwerk AG

Die SüdWasser GmbH mit Sitz in Erlangen ist eine hundertprozentige Tochter der Bayernwerk AG. Sie wurde 2001 gegründet und ist in der Trinkwasserversorgung sowie Abwasserbehand-

lung tätig. Das Unternehmen ist das Kompetenzzentrum für Wasser der Bayernwerk AG. Mit seiner 20-jährigen Erfahrung unterstützt die SüdWasser Kommunen und Industrie als Dienstleisterin.

Die Unterstützung erfolgt in unterschiedlichen Modellen der Zusammenarbeit und ist ganz auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten. Kerngeschäft der SüdWasser sind Betriebsunterstützungen sowohl in der Trinkwasserversorgung als auch Abwasserbehandlung. Mit diesem Know-how bietet die SüdWasser weitere ergänzende Dienstleistungen rund um das Wasser an und unterstützt auch bei der Projektumsetzung. Die Ziele des Unternehmens sind eine sichere Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu verlässlichen Kosten sowie eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Kurz gesagt, fokussiert die SüdWasser ihre Kompetenzen auf die Dimensionen Qualität, Umwelt und Sicherheit. □

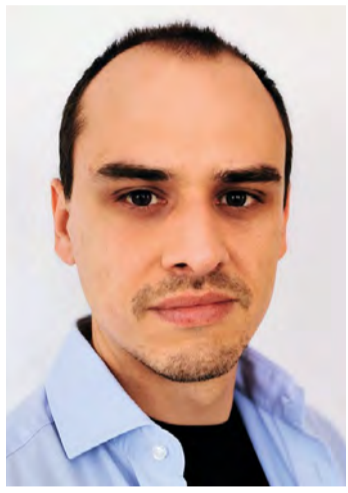
Das Technische Hilfswerk als örtliche Gefahrenabwehrbehörde:

Eine kostenneutrale Einsatzoption für Kommunen

Von Julian Pfeuffer, LL.M., Oberverwaltungsrat, München*

Problemaufriss: Hinsichtlich der Folgen des russischen Angriffskrieges betont die Bundesregierung die Verantwortung von Ländern und Kommunen. Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sei eine „große gesamtstaatliche Aufgabe“ nicht nur für den Bund, sondern „ganz wesentlich“ auch von Ländern und Kommunen, sagte der stellvertretende Regierungssprecher Wolfgang Bührer.

Auch Bundesinnenministerin Faeser hat die Innenministerinnen und -minister der Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände und auch Bundesbauministerin Klara Geywitz zu einem Flüchtlingsgipfel am 16.02.2023 eingeladen. Es gehe darum, direkt mit den Kommunen in den Dialog zu treten, was zur Entlastung getan werden kann.



Julian Pfeuffer, LL.M., Oberverwaltungsrat, München.

Dies ist deshalb konsequent, da letztlich die Kommunen vor Ort mit täglichen Komplikationen und Unsicherheiten im Umgang mit der Aufnahme von Flüchtlingen konfrontiert sind. Festzuhalten bleibt: Ohne den kommunalen Pragmatismus wären die Herausforderungen des letzten Jahres bei der Aufnahme von Menschen nicht so gut gemeistert worden. Ohne den überragenden Einsatz von Kommunalverwaltungen und Ehrenamtlichen hätten Geflüchtete aus der Ukraine und Asylbewerber nicht so schnell Schutz und Hilfe bekommen, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Die Städte waren und sind stets konstruktive und verlässliche Partner, um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu schultern. Kommunen stehen zu ihrer Verantwortung, sie gehen organisatorisch und finanziell in Vorleistung. Städte und Gemeinden müssen zur Erfüllung dieser Aufgaben aber von den anderen staatlichen Ebenen ausreichende Unterstützung bekommen.“

Diese eh schon komplexen Aufgaben wurden durch das Erdbeben in der Nacht zum 6. Februar 2023 in den Gebieten im Südosten der Türkei und im Norden Syriens nochmals verstärkt. Verwandte und Bekannte von Betroffenen wenden sich primär an die Kommunen mit Fragen aber auch mit der Bitte um Organisation und Unterstützung von Hilfsleistungen.

Aufgrund dieser globalen Ereignisse, soll nachfolgend den bayerischen Kommunen eine Möglichkeit dargelegt werden, wie auf Unterstützung des Bundes durch das Technische Hilfswerk sowohl kostenneutral als auch pragmatisch, zielführend und ohne umständlichen Verwaltungsaufwand zugegriffen werden kann.

Das Technische Hilfswerk

Das Technische Hilfswerk (THW) ist weltweit einmalig: Organisatorisch gehört das THW als Bundesanstalt zum Geschäftsbereich der Bundesministerin des Innern und für Heimat.

Jedoch sind nur zwei Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hauptamtlich für die Behörde tätig. 98 Prozent der THW-Angehörigen arbeiten ehrenamtlich im THW. In 668 Ortsverbänden, davon 111 Ortsverbände in Bayern, engagieren sich bundesweit mehr als 80.000 Helferinnen und Helfer in ihrer Freizeit, um Menschen in Not kompetent und engagiert Hilfe zu leisten. Grundlage des THW ist das Gesetz über das Technische Hilfswerk (THW-Gesetz - THWG). Dort werden in § 1 auch die Aufgaben des THW festgelegt: Wie der Name bereits verspricht, wird primär technische Hilfeleistung angeboten.

Aufgabe des THW

Aufgabe des THW ist daher die technische Unterstützung

1. auf Ersuchen von für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie
2. auf Anforderung oberster Bundesbehörden, wenn das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zustimmt.

Technische Unterstützung

Die technische Unterstützung umfasst dabei insbesondere:

1. technische Hilfe im Zivilschutz,
2. Einsätze und Maßnahmen im Ausland im Auftrag der Bundesregierung,
3. Bekämpfung von Katastrophen, öffentlichen Notständen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen sowie
4. Unterstützungsleistungen und Maßnahmen im Sinne der Nummern 1 bis 3, die das Technische Hilfswerk durch Vereinbarung übernommen hat.

Zum Verständnis dieser abstrakten Umschreibung erläutert das THW auf seiner [Webseite](#) ausführlich, was unter diesen Unterstützungsleistungen gemeint ist. Dies umfasst nicht nur klassische technische Unterstützung wie das Retten und Bergen sowie die Beleuchtung von Einsatzstellen, sondern auch Verbrauchsgütertransporte für Einsatzbedarf und die Errichtung und Einrichtung von Notunterkünften und Sammelplätzen mit entsprechenden Infrastruktur. Zur weiterführenden Übersicht über die Einsatzmöglichkeiten des THW wurde eine Broschüre „[Katalog der Einsatzoptionen](#)“ herausgegeben, welche ebenfalls als pdf heruntergeladen werden kann.

1. Ist ein Einsatz des THW überhaupt zielführend? Der Fachberater als erster Ansprechpartner vor Ort.

Für Kommunen als Gefahrenabwehrbehörde stellt sich jedoch zumeist die Frage, ob das THW in der konkreten Einsatzsituation sinnvoll unterstützen kann. Die Verwaltung, die Feuerwehr und auch die Bürgermeister/innen kennen die individuellen Fähigkeiten und die vorhandene Expertise sowie Einsatzrüstung des nächstgelegenen THW-Ortsverbandes im Regelfall nicht. Hier kommt der sogenannte Fachberater des THW ins Spiel: Jeder der 668 Ortsverbände hat mindestens einen Fachberater, welcher bei Bedarf von der jeweiligen Leitstelle angefordert werden kann. THW-Fachbera-

ter bilden die Schnittstelle zwischen THW und Anforderern sowie Bedarfsträgern. Zum Aufgabenbereich der Fachberater zählt die enge Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, kommunalen Verwaltungen, privaten Bedarfsträgern aus Handel, Handwerk und Industrie sowie mit internationalen Katastrophenschutzorganisationen. Aufgabe ist es, die jeweilige Situationen zu bewerten und die möglichen Einsatzoptionen des THW anzubieten. In der Praxis wird der Fachberater meist bei größeren Schadensereignissen hinzugezogen wie beispielsweise bei Großbränden, Rohrbrüchen, Verkehrsunfällen mit mehreren Beteiligten sowie bei Unwetterschäden. Der Fachberater kommt dabei direkt zur Einsatzstelle und erläutert die möglichen Unterstützungsleistungen. Zwei wesentliche Vorteile sind hierbei, dass die Einsatzleitung vor Ort weiterhin die vollumfängliche Zuständigkeit und Kontrolle behält. Mit Alarmierung des Fachberaters und gegebenenfalls Herbeiholen des THW wird keinerlei Kompetenz abgegeben. Zudem kann mit dem Fachberater zunächst eine Analyse vorgenommen werden. Dies vermeidet eine unnötige Voll-Alarmierung des THW, ohne zuvor die konkreten Aufgaben und Möglichkeiten abgeklärt zu haben. Sollte sich nach Rücksprache mit dem Fachberater herausstellen, dass ein Eingreifen des THW nicht notwendig bzw. nicht zielführend ist, so führt allein die Alarmierung des Fachberaters zu keinen Kosten der Gefahrenabwehrbehörde. Kosten des Fachberaterinsatzes (z.B.: Verdienstausfall, da Fachberater ebenfalls ehrenamtlich im Einsatz sind) werden, zumindest in Bayern, vom Landesverband THW intern getragen.

2. Einfache und schnelle Einsatzmöglichkeit dank Kostenverzicht

Naturgemäß kann bei Einsätzen das Kostenrisiko (Verdienstausfall der Helfer, Verbrauchsmaterial etc.) nur schwer prognostiziert werden. Daher verzichteten Kommunen mitunter angesichts möglicher Kostenforderungen auf eine Alarmierung des THW. Um diesem Umstand gegenzusteuern wurde das THW Gesetz zum 01.05.2020 geändert und § 6 Abs. 1 THW-Gesetz eingeführt:

(1) Das Technische Hilfswerk kann für seine im Rahmen der Amtshilfe erbrachten technischen Unterstützungsleistungen bei den ersuchenden Behörden, einschließlich der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen, Auslagen erheben. Auf die Erhebung von Auslagen soll verzichtet werden, soweit dies im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt und eine Auslagenerstattung an das Technische Hilfswerk zu Lasten der ersuchenden Gefahrenabwehrbehörde ginge. Die Auslagenerstattung ginge insbesondere dann zu Lasten der ersuchenden Gefahrenabwehrbehörde, wenn

1. ihr kein Erstattungsanspruch gegenüber einer oder einem Dritten zusteht oder
2. sie aus Gründen der Billigkeit oder des öffentlichen Interesses auf die Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs gegenüber einer oder einem Dritten verzichtet.

Das neue Gesetz stellt klar, dass das THW bei geleisteter Amtshilfe auf die Erstattung von Kosten verzichtet, wenn dies im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt und die Kosten nicht ander-

weitig geltend gemacht werden können („Soll-Regelung“). Konkret heißt das, dass das THW keine Kostenbescheide stellt, wenn Gefahrenabwehrbehörden wie Städte und Gemeinden um Amtshilfe ersuchen und die Kosten des Einsatzes selbst tragen müssten. Kann beispielsweise gem. Art. 28 Bayerisches Feuerwehrgesetz kein Ersatz der notwendigen Aufwendungen verlangt werden, so wird eine Kommune auch keine Kosten des THW tragen. Damit wird es für die Anforderer noch einfacher, das THW in den Einsatz zu bringen. In der Praxis wird bereits der Fachberater auf den Kostenverzicht hinweisen. Im Nachgang des Einsatzes wird sodann den Kommunen ein Formular durch die Verwaltung des THW Ortsverbandes übermittelt, in welchem lediglich formal der Kostenverzicht unter Verweis auf das THW-Gesetz beantragt werden muss. Der jeweilige Ortsverband kann sodann aufgrund des Antrages auf Kostenverzicht die entstandenen Kosten (z.B.: Verbrauchsmaterial) intern aus Haushaltsmitteln des Bundes erstattet bekommen.

3. Besonderheit Rahmeneinsatzauftrag: Hilfsgüterlogistik - Unterstützung Erdbeben Türkei/Syrien 2023 (LVBY-EA-002)

Angesichts des verheerenden Ausmaßes an Schäden und Verletzten durch die Erdbeben geht das THW von weiterem Bedarf an Einsatzkräften und Hilfsgütern sowie einer damit einhergehenden Einsatzfähigkeit aus. Insbesondere wird eine Zunahme von Aufträgen im Bereich Transportunterstützung, hauptsächlich der Transport von angebotenen Hilfsgütern, innerhalb Deutschlands erwartet.

Hinsichtlich der Unterstützung von Behörden hat der THW Landesverband Bayern deshalb am 09.02.2023 einen Rahmeneinsatzauftrag (Aktenzeichen LVBY-EA-002) an alle THW Ortsverbände und Regionalstellen in Bayern erteilt und den Einsatzkräften wurde aufgegeben, sich auf Unterstützungsleistungen, insbesondere die genannten Transportleistungen, vorzubereiten. Zur Vereinfachung wurden im Rahmeneinsatzauftrag alle hierzu notwendigen Fahrten innerhalb Bayerns genehmigt. Im THW internen Newsletter des Landesverbandes Bayern vom 13.02.2023 werden die Ortsverbände explizit aufgefordert, proaktiv auf Städte und Kommunen zuzugehen und konkrete Hilfe in diesem Bereich anzubieten.

Wenn sich daher Kommunen und Städte dazu entschließen, Hilfsgüter zu versenden, so kann hier auf die Einsatzstrukturen des THW zurückgegriffen werden. Insbesondere können Kommunen auch als Ansprechpartner für private Organisationen dienen und Sammlungen von Hilfsgütern

bündeln, welche sodann über das THW transportiert werden. Eine direkte Anforderung des THW durch private Hilfsorganisationen ist derzeit nicht vorgesehen.

Fazit:

Bürgermeister und -meisterinnen, Feuerwehrkommandanten und -kommandantinnen aber auch die Verwaltung von Städten und Kommunen können das THW bei der Erfüllung der täglichen Anforderungen stets im Hinterkopf behalten. Aufgrund der Neuregelung zur Kostentragung aus § 6 Abs. 1 THW-Gesetz wird auch der kommunale Haushalt geschont. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Feuerwehren und den Einsatzkräften des THW ermöglicht zudem Synergieeffekte, da auf unterschiedliche Ausrüs-

tungen zurückgegriffen werden kann. Diese muss von den Feuerwehren (finanziert aus dem kommunalen Haushalt) nicht vorgehalten werden, sondern kann lediglich im Einsatzfall durch das THW bereitgestellt werden (z.B.: Wechselladefahrzeuge, Tieflader, Bergeräumgeräte etc.).

***Unser Autor Julian Pfeuffer, LL.M. ist Jurist in der Vergabestelle 1 der Landeshauptstadt München. Er betreut unter anderem die stadtweite Beschaffung von Bürobedarf, Drucksachen, Umzügen, strategischen Dienstleistungen, Fahrzeugen, Gebäude- sowie Sicherheitsdienstleistungen. Der Aufsatz gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.**

Den Text inklusive Fußnoten finden Sie online in Ausgabe 6/2023 unter www.gemeindezeitung.de.

Mobile Retter-App

Über 1000 Ersthelfer in Regensburg, Cham und Neumarkt

Aktuell gibt es 1223 Mobile Retter, die sich für die gleichnamige App registriert haben. Seit 1. Dezember 2022 sind darunter auch Mobile Retter aus den Landkreisen Cham und Neumarkt i.d.Opf.. Diese Erweiterung auf das gesamte Gebiet der Rettungsleitstelle brachte einen großen Schub an neuen Registrierungen. Im Dezember 2022 konnte der 1000. Mobile Retter für die App freigeschaltet werden. Allein in Stadt und Landkreis Regensburg gab es Ende vergangenen Jahres mehr als 900 registrierte Ersthelfer.

In 80 Prozent der Einsätze waren Mobile Retter vor Ort

Mit der Mobile Retter-App werden Ersthelfer zusätzlich zum Rettungsdienst alarmiert. Bei ihnen handelt es sich um Personen, die speziell und regelmäßig in Herz-Lungen-Wiederbelebung geschult werden, etwa Rettungsdienstmitarbeiter, Pflegekräfte, Ärzte, Feuerwehrleute oder Medizinische Fachangestellte. Im Notfall eines Herz-Kreislaufstillstands werden über eine App auf dem Smartphone bis zu zwei Mobile Retter ermittelt und alarmiert, die sich örtlich am nächsten zur hilfsbedürftigen Person befinden. Ziel ist es, dass diese schnell vor Ort sind und bereits vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes mit einer überlebend wichtigen Herz-Druck-Massage beginnen können. Von 266 Rettungsdiensteinsätzen 2022 in Stadt und Landkreis Regensburg waren 207 Mal Mobile Retter vor Ort – das entspricht knapp 80 Prozent der Einsätze.

Landrätin Tanja Schweiger bedankt sich bei allen freiwilligen Helfern: „Jeder Retter zählt. Je dichter das Netz an Ersthelfern ist, desto schneller ist jemand im Notfall zur Stelle, der mit einer Reanimation ein Leben retten kann.“ Sie hofft auf viele weitere Freiwillige, die sich für die App registrieren lassen.

„Mobile Retter Regensburg“ ist eine Kooperation des Universitätsklinikums Regensburg mit der Integrierten Leitstelle sowie dem Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Regensburg (ZRF) in Zusammenarbeit mit den Regensburger Kliniken, den Sana Kliniken des Landkreises Cham, dem Klinikum Neumarkt sowie allen Rettungsorganisationen. Das Projekt soll das bestehende System aus Rettungsdienst und First Respondern nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen und das Überleben bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand verbessern.

Die Registrierung und Freischaltung für das System Mobile Retter ist einfach online möglich. Hierzu wird ein Schulungsvideo auf der Homepage gezeigt. Mit dem Nachweis der Qualifikation zum Ersthelfer wird man für das System freigeschaltet. Unter der Webadresse www.mobile-retter-cnr.de findet man alle notwendigen Informationen.

Mittlerweile führt das Projektteam neben Online- auch Präsenzs Schulungen durch. Gerne stellt es das Projekt bei Freiwilligen Feuerwehren oder ähnlichen Organisationen auch persönlich vor.

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihr Feuerwehrhaus

Als Bauherr übertragen Sie uns die Realisierung Ihrer kommunalen Hochbauprojekte wie Kindergärten, Kitas, Schulen, Feuerwehrhäuser, Wohnungen sowie Ihre Tiefbauprojekte wie Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen. Wir sind immer in Ihrer Nähe. Ihre BayernGrund

Bayern Grund



Klärwerk



Kita / Schule



Wohnen



Feuerwehr



Baumodell

www.bayerngrund.de

Bayerische Sparkassen 2022:

Finanzwirtschaftliches Rückgrat der bayerischen Regionen

„Stabil und robust steuern die bayerischen Sparkassen durch die Übergangsphase.“ Mit dieser Botschaft wartete Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Vorstellung der Geschäftsergebnisse 2022 der 61 bayerischen Sparkassen in München auf. Zwar hätten geo- und geldpolitische Ereignisse für ein Geschäftsjahr des Umbruchs gesorgt, „jedoch konnten sich die Sparkassen erfolgreich auf die neuen Bedingungen einstellen“. Insgesamt sei das bayerische Sparkassenjahr „recht ordentlich“ verlaufen, unterstrich Reuter, der am Tag der Pressekonferenz zum neuen Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gewählt wurde. Er folgt damit auf den amtierenden DSGV-Präsidenten Helmut Schleweis, der zum Jahresende 2023 in den Ruhestand tritt.

Aus Sicht des Verbandspräsidenten hat die Normalisierung der Geschäfts- und Ertragslage begonnen. Doch bestünde der extreme Margendruck auch trotz der zugegeben lang erhofften Renaissance der Zinsen fort. Die Sparkassen sähen sich weiterhin großen Herausforderungen im Markt gegenüber, die durch die digitale Transformation und verändertes Kundenverhalten entstehen.

Erneut auf Rekordniveau bewegte sich 2022 laut Reuter die Entwicklung des Kreditvolumens, allerdings fiel der Einlagenzufluss geringer aus als im Jahr zuvor. Der massive Einlagenüberhang reduzierte sich dadurch auf 29 Mrd. Euro. Damit konnten die Sparkassen erstmals wieder Zinsen im Markt erzielen.

Hohes Kreditvolumen

Das Kreditvolumen der bayerischen Sparkassen lag 2022 bei 169 Mrd. Euro. Mit einer Wachstumsrate von 5,7 Prozent im Bestand gehört damit das Kreditjahr 2022 zu den drei erfolgreichsten der vergangenen 15 Jahre. Die größte Kundengruppe der bayerischen Sparkassen bilden die Privatkunden. Sie stehen für 41 Prozent des Kreditvolumens und 77 Prozent aller Einlagen (private Einlagen: 152,4 Mrd. Euro).

Die private Kreditnachfrage ist seit Jahresmitte 2022 insgesamt gesunken, im Wesentlichen geht diese Entwicklung auf die stark nachlassende Nachfrage nach Immobiliendarlehen zurück. Denn 92 Prozent der ausgereichten Kredite von Sparkassen an Privatpersonen waren 2022 Immobilienkredite (63,7 Mrd. Euro). Der Bestand nahm zwar um 5,3 Prozent zu, doch ist dies ein Nachläufer zu den zurückliegenden Rekord-Zusagejahren. In der Pandemie hatten sich viele Menschen auf ihre Wohnsituation besonnen und gleichzeitig das für sie günstige Zinsniveau ausgenutzt.

Mit steigenden Baukosten und gleichzeitig anziehenden Zinsen hat sich die Entwicklung gedreht. Während zu Jahresbeginn noch Vorzieheffekte zu einer lebhaften Nachfrage nach Immobilienkrediten geführt hatten, ist Reuter zufolge jetzt eine deutliche Marktberuhigung festzustellen, das Neugeschäft aktuell eingebrochen: Die Zusagen für Wohnungsbaukredite an Privatpersonen sanken auf 11,8 Mrd. Euro (-14,2 Prozent) – vor zwei und drei Jahren waren die Wachstumsraten in der gleichen Größenordnung, jedoch mit positiven Vorzeichen, gelegen.

Die größte Kundengruppe im Kreditgeschäft der bayerischen Sparkassen sind weiterhin Unternehmen und Selbstständige: Sie stehen für 54 Prozent aller vergebenen Kredite (Gesamtvolumen Kredite: 169,5 Mrd. Euro). Gleichzeitig halten sie rund 15 Prozent der Einlagen bei den Sparkassen. Die tiefe Verwurzelung im mittelständischen Firmen- und Gewerbestand hat sich weiter verfestigt, Handwerk und Selbstständige sehen ihre lokalen Sparkassen als erste Ansprechpartner in Finanzierungsfragen.

Um 6,2 Prozent auf 91,2 Mrd.

Euro ausweiten konnten die Sparkassen ihren Bestand an Unternehmenskrediten. Auch das Kreditneugeschäft blieb im Jahr der auslaufenden Pandemie auf Rekordniveau: 2022 wurden neue Darlehen in Höhe von 19,4 Mrd. Euro an Unternehmen und Selbstständige zugesagt. Das ist fast genauso viel wie in den beiden Vorjahren, in denen die Kreditnachfrage vor dem Pandemiehintergrund auf ein besonders hohes Niveau gewachsen war (2020: +18,2 Prozent auf 19,9 Mrd. Euro). Staatlich geförderte Corona-Darlehen spielten allerdings nahezu keine Rolle mehr.

Wie Reuter darlegte, stünden die Sparkassen in schwierigen Zeiten fest an der Seite der bayerischen Unternehmen. Die Unsicherheiten am Markt, die Inflation sowie steigende Preise für Energie oder Rohstoffe hätten auch 2022 zu einem teilweise erhöhten Liquiditätsbedarf bei vielen Unternehmen geführt. Dies zeige sich auch an den Darlehensauszahlungen, die auf dem hohen Vorjahresniveau blieben: Sie betrugen rund 18 Mrd. Euro (+3,2 Prozent).

Normalisiertes Einlagenwachstum

Mit Auslaufen der Pandemie, hohen Inflationsraten und der Zinswende zur Jahresmitte hat sich auch das Einlagenwachstum bei den Sparkassen normalisiert. Die Einlagen stiegen auf 198 Mrd. Euro, das Wachstum in Höhe von 1,8 Prozent verlangsamte sich nach den Corona-Jahren deutlich. Das Einlagenwachstum spielt sich nicht mehr bei täglich fälligen Geldern, sondern inzwischen bei Termingeldern und Eigenemissionen ab.

Fortgesetzt hat sich im vergangenen Jahr das Wachstum des Wertpapiergeschäfts: Der Nettoabsatz stieg um 11 Prozent auf 5,9 Mrd. Euro, die Käufe hatten einen klaren Schwerpunkt bei festverzinslichen Wertpapieren. 2021 hatte das Hauptgewicht noch bei Investmentfonds gelegen. Auch die Zahl der Wertpapierdepots, die bei den Sparkassen geführt werden, stieg dabei um 2 Prozent auf 1,3 Mio. an. Der Kurswert je Sparkassen-Kunden depot nahm um 12 Prozent auf rund 109.000 Euro ab.

Kunden, die ihre Wertpapier-Anlage nicht selbst strukturieren wollen, greifen auf die kompetente Beratung bei ihrer Sparkasse zurück oder nehmen Investmentfonds in ihr Depot. Diese Käufe sind 2022 nach einem ausgesprochenen Rekordjahr 2021 (+46,6 Prozent) wieder gesunken auf nun 5,6 Mrd. Euro (-31,8 Prozent).

Sparer, die nur kleine Beträge ab 25 Euro monatlich investieren wollen, können ebenso von Wertpapieren profitieren. Inzwischen laufen 1.349.370 Fondssparpläne mit der Deka, das sind +4 Prozent mehr als im Jahr zuvor (2021: +19,1 Prozent; 2020: +16 Prozent). Sie werden durchschnittlich mit 110 Euro monatlich bespart. „Besonders erfreulich ist, dass der Anteil der jungen Kunden unter 30 Jahren, die einen Fondssparplan als Grund-

stock für die Altersvorsorge einsetzen, wächst. Insgesamt sind es 28 Prozent, unter den Neuaufschlüssen 2022 sogar 36 Prozent“, freute sich Reuter mit Blick auf den notwendigen Vermögensaufbau der jungen Kunden.

Die bayerischen Sparkassen können auf ein gutes operatives Geschäftsjahr 2022 zurückblicken. 2022 ist der Zinsüberschuss erstmals seit über zehn Jahren wieder kräftig gestiegen, um 9,8 Prozent auf 3.418,7 Mio. Euro. Wie Reuter betonte, „kann unser Markterfolg damit künftig wieder Niederschlag im Jahresergebnis finden. Wir integrieren jetzt die neue Situation in unser Geschäft und können uns dann hoffentlich bald ganz auf die Kunden statt auf die EZB konzentrieren.“

2022 erzielten die bayerischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 2.038,6 Mio. Euro. Es liegt um 21,9 Prozent bzw. 366 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis. Maßgeblich für diese Entwicklung war der gestiegene Zinsüberschuss in Verbindung mit einer deutlichen Steigerung der Provisionsüberschüsse (+59,4 Mio. Euro; +3,8 Prozent). Entsprechend hat sich auch die Cost-Income-Ratio der bayerischen Sparkassen von 64,7 Prozent in 2021 auf 60,1 Prozent in 2022 deutlich verbessert, die Sparkassen werden sichtbar effizienter.

Nach Abzug der Risikovorsorge im Kreditbereich und Korrekturen im Wertpapierbereich erwarten die bayerischen Sparkassen für das Geschäftsjahr 2022 ein Betriebsergebnis nach Bewertung von 772,5 Mio. Euro (2021: 941,4 Mio. Euro). Nach den noch vorläufigen Berechnungen (Ende der Jahresabschlussprüfungen: 31.05.2023) wird nach Steuern am Ende auch der Jahresüberschuss mit 301,1 Mio. Euro deutlich unter dem von 2021 mit 335,1 Mio. Euro liegen.

Solides Wachstum im operativen Geschäft erwartet

Im laufenden Jahr 2023 erwarten die bayerischen Sparkassen ein weiteres solides Wachstum im operativen Geschäft, das sich in der heutigen Zinslage auch wieder positiv auf die Ertragslage auswirken kann. Reuter: „Die Sparkassen wurden vor 200 Jahren von den Kommunen gegründet, um einer breiten Bevölkerungsschicht wirtschaftliche und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Seit Jahrzehnten unterstützen sie nachhaltig den Mittelstand und das Gemeinwohl in den Regionen. Mit einer stabilen wirtschaftlichen Basis können und wollen sie das auch in der Zukunft – insbesondere den Weg in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft auch in den Regionen flankieren.“

Nach Angaben des noch bis 31. März 2023 amtierenden SVB-Vizepräsidenten Roland Schmautz spielen die bayerischen Sparkassen eine dauerhafte Rolle als Unternehmer und Steuerzahler in ihren Geschäftsgebieten. Als regionale Steuerzahler führen sie für 2022 voraussichtlich 490 Mio. Euro an gewinnabhängigen Steuern ab, darunter vor allem Gewerbesteuer, die die bayerischen Kommunen stärken.

Als Kreditinstitute mit einem öffentlichen Auftrag spielen sie auch eine besondere Rolle als nachhaltige Förderer der Gesellschaft im Freistaat: Neben Sponsoring und Spenden haben die bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband 2022 insgesamt 116 Stiftungen unterhalten, mit denen sie soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport in ihren Geschäftsgebieten fördern. Ins-

gesamt wurden 2022 44 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt (+7,3 Prozent). Die Sparkassen stützen so die soziale Infrastruktur vor Ort. Davon profitieren alle im Geschäftsgebiet.

Seit 2020 engagieren sie sich explizit beim ökologisch nachhaltigen Umbau. Im Oktober 2022 führten sie den „Klimakredit Bayern“ ein, mit dem unbürokratisch, unkompliziert und zinsgünstig Kredite zwischen 5.000 und 50.000 Euro vergeben werden, die unmittelbar für energetische Maßnahmen an privat genutzten Wohnimmobilien eingesetzt werden können. Einige bayerische Sparkassen haben bereits auch auf der Einlagenseite spezielle Angebote, wie etwa „Klima-Sparbriefe“ eingeführt. Im Lauf des Jahres 2023 wird diese Initiative auf weitere Sparkassen verbreitert.

Dichtes Sparkassennetz

Nach Schmautz' Angaben sind die 61 bayerischen Sparkassen jederzeit erreichbar: Sie pflegen nach wie vor ein dichtes Netz von insgesamt 2.393 Geschäftsstellen (2021: 2.494), darunter 15 gemeinsame Geschäftsstellen mit Genossenschaftsbanken und 612 Selbstbedienungs-Geschäftsstellen (2020: 623). Damit steht in über 90 Prozent der bayerischen Gemeinden eine Sparkassen-Geschäftsstelle. Dazu kommen 3.274 Geldautomaten (2021: 3.406), die auch Nicht-Kunden offenstehen.

2022 hat in Bayern die Zahl der Angriffe auf Geldautomaten mit Festsprenstoff stark zugenommen. Die Detonationen bringen ein hohes Risiko für Personen und erheblichen Sachschaden mit sich. Entsprechend investieren

die Sparkassen Schmutz zufolge schon lange in standortindividuelle Sicherungsmaßnahmen, die darauf abzielen, die Taten schon im Vorfeld zu verhindern.

Filialen und das persönliche Gespräch haben heute weniger Gewicht im Tagesgeschäft. Sie werden aber stark nachgefragt, wenn es um langfristige oder komplexe finanzielle Entscheidungen geht, die eine spezialisierte Beratung erfordern. Die bayerischen Sparkassen unterhalten dazu nicht nur größere Geschäftsstellen mit Spezialisten, sondern auch über 350 spezielle Beratungszentren wie Private Banking-Center, S-Firmen- und Gewerbekundenzentren, S-Immobilienzentren und S-Vermögensmanagement-Zentren. Daneben wurde auch 2022 weiter in Kundenservice-Center für direkte Kundenkontakte per Telefon, Chat oder Video sowie in spezielle mediale Beratungszentren für das Privat- und das Firmenkundengeschäft investiert.

Verändertes Zahlungsverhalten

70,7 Prozent aller Girokontoinhaber nutzen inzwischen das Online-Banking – Tendenz weiterhin steigend (2021: 67,6 Prozent). 78,2 Prozent der Online-Banking-Girokonten sind inzwischen auf elektronische Kontoauszüge umgestellt. Gewissermaßen als „mobile Filiale“ nutzt eine steigende Anzahl von Kunden inzwischen auch aktiv die App „Sparkasse“, mit der sie ihre Bankgeschäfte komfortabel mobil erledigen können: Im Freistaat greifen mittlerweile 1,83 Mio. Menschen auf die Sparkassen-App zu, das sind 12 Prozent mehr als im Jahr davor.

Beschleunigt haben die Pandemiejahre die Veränderung des

Einkaufs- und Zahlungsverhaltens: Bereits 2020 wurde bei 30 Prozent aller Zahlungen – an der Ladenkasse, im Online-Handel, In-App-Zahlungen, an E-Ladesäulen etc. – die Karte eingesetzt, inzwischen sinkt der Anteil von Barzahlungen bereits unter 60 Prozent. In Bayern wurden 2022 mit 6,4 Mio. ausgegebenen Sparkassencards (girocard) fast 420 Mio. Transaktionen (2021: 360 Mio.; zum Vergleich 2016: 160 Mio.) durchgeführt.

Perspektivisch mahnte Schmautz erneut eine europäische Lösung im globalen Zahlungsverkehrswettbewerb an: „Ziel ist es nach wie vor, alle Bezahlararten in Europa – die heute mehr als vielfältig sind – unter dem Dach zusammenzuführen und damit eine attraktive und wettbewerbsfähige europäische Lösung zu schaffen.“

Zeitgemäße Multikanal-Anbieter

Zusammenfassend resümierte der scheidende Verbandspräsident: „Mit der digitalen Transformation ist viel Bewegung ins Banking und ins Bezahlen gekommen. Wir gehen davon aus, dass dieser Prozess in den kommenden Jahren sogar noch an Fahrt aufnehmen wird. Zusätzlich kommen vermehrt Herausforderungen wie etwa der Umgang mit der Blockchain-Technologie, Krypto-Assets und der digitale Euro auf uns zu. Die bayerischen Sparkassen stehen dabei bewährt eng an der Seite ihrer Kunden. Neueste Umfragen zeigen, dass das gerade bei jungen Erwachsenen unter 35 wieder sehr positiv ankommt. Es bleibt klar: Als zeitgemäße Multikanal-Anbieter begleiten wir die Kunden auf vielfältigsten digitalen Wegen, verzahnt mit der gewohnten persönlichen Nähe.“ DK



VER SICHERUNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Finanzgruppe

Die Zukunft des Bezahlens

Was die Deutschen im Portemonnaie haben und warum sie zunehmend öfter mit Karte zahlen

Ein Gastbeitrag von Dr. Jürgen Gros

Am 22. März 2020 ging Deutschland in den ersten Corona-Lockdown. Seitdem ist vieles anders im Land. Augenscheinlich auch beim Kaufen und Bezahlen. Die Bundesbürger tragen mit durchschnittlich 100 Euro zwar nur sieben Euro weniger Bargeld im Portemonnaie mit sich als vor der Pandemie. Das hat die Deutsche Bundesbank in einer großen Studie zum Zahlungsverhalten in Deutschland voriges Jahr herausgefunden. Was sich aber offenkundig geändert hat, ist die Art wie sie Post-Corona bezahlen. Nämlich deutlich öfter unbar. In 42 Prozent aller Fälle wird mittlerweile bargeldlos bezahlt, wie die Zahlen der Bundesbank für das Jahr 2021 zeigen. Vier Jahre zuvor war das lediglich bei jedem vierten Bezahlvorgang der Fall. Bezogen auf den Umsatz, den die Deutschen mit ihren Einkäufen erzielen, wird die Veränderung noch deutlicher. So beglichen sie 2017 mehr als die Hälfte des Einkaufsvolumens (52,4 Prozent) unbar. Bis Ende 2021 hat sich der Anteil auf 70 Prozent erhöht.

Sicher, während der Pandemie kauften die Deutschen mehr im Internet ein. Für eine kurze Phase standen zudem Geldscheine und Münzen im Verdacht, das Corona-Virus zu verbreiten. Zahlungen per Karte, Smartphone oder Smartwatch entsprachen auch im stationären Handel dem pandemischen Distanzgebot. Bargeld wurde zu Hause für alle Fälle gehortet und weniger als Zahlungsmittel eingesetzt.

Dauer des Bezahlvorgangs

Und doch: Nicht alles ist Corona geschuldet. Älter als das Virus ist nämlich der Trend zum bargeldlosen Bezahlen. Verantwort-

keit und damit um Effizienz. Am schnellsten wird im Einzelhandel mit Smartphone oder -watch bezahlt. Das dauert im Schnitt 14 Sekunden. Bargeldzahlungen nehmen durchschnittlich 18,7 Sekunden in Anspruch. Kontaktlos mit Karte geht in 15,2 Sekunden, bezahlen mit Karten und Pin braucht 23,3 Sekunden, und wer die Karte ins Lesegerät steckt, benötigt 25,7 Sekunden für den Bezahlvorgang.

12 Sekunden länger oder kürzer – macht das wirklich einen Unterschied? Für die großen Einzelhandelsketten auf jeden Fall. Denn da wird scharf mit jedem Cent kalkuliert. Eine Sekunde schnellerer Durchlauf am Point of Sale (POS) – also der Kasse – kann bei großen Einzelhandelsketten aufs Jahr gerechnet schnell einen mittleren einstelligen Millionenbetrag ausmachen. Laut EHI Retail Institute gibt es im deutschen Einzelhandel fast 526.000 Kassen. Das jährliche Einsparpotenzial durch digitale Bezahlvorgänge liegt allein für die Platzhirschen, die sich auch in jedem bayerischen Gewerbegebiet finden, bei hohen dreistelligen Millionenbeträgen und mehr. Mit schnelleren Durchlaufzeiten an den Kassen lassen sich erhebliche Personalkosten einsparen. Ganz abgesehen davon, dass auch im Einzelhandel Personalmangel herrscht. Für die Großen in der Branche rechnen sich dann auch locker Karten- und Transaktionskosten für digitale Bezahlvorgänge. So wird es zudem nachvollziehbar, wenn die Supermarktketten Aldi Süd, Lidl, Rewe, Edeka, Netto, Kaufland, Globus oder Baumarktketten und Möbelhäuser wie Ikea Self-Checkout-Bereiche etablieren. Also die Möglichkeit, dass Kunden ihren Einkauf an Kassensystemen scannen und dann per Smartphone, -watch, Karte oder mitunter auch konventionell mit Bargeld bezahlen.

Denn Bargeld wollen die Einzelhandelsketten mehrheitlich auch weiterhin als Bezahloption zulassen. Das jedenfalls haben Aldi, Rewe, Edeka und andere postwendend erklärt, als im Januar die Technikette Gravis aufhorchen ließ. Das Unternehmen ist nach eigener Aussage Marktführer für digitale Lifestyle-Produkte aus der Apple Welt. Zu Beginn des Jahres hat es verkündet, künftig in seinen 40 Filialen keine Bargeldzahlungen mehr zuzulassen. Bezahlung sei nur noch per Karte, Smartphone oder -watch möglich. „Kostengünstig“, „einfach“, „sicher“, „schnell“ – so die Adjektive, mit denen Gravis entwandert offen die Bargeldablehnung gegenüber dem „Spiegel“ begründete.

Corona als Beschleuniger

Der Trend zu Zahlungen mit Karten und digitalen Endgeräten lässt sich auch beim eigenen Metzger, Bäcker, kleinen Einzelhändler oder dem Lieblingscafé beobachten. Hier hat Corona die Entwicklung beschleunigt. In den zwei Pandemie Jahren 2020 und 2021 ist die Zahl der Akzeptanzstellen für Karten mit Zahlungsfunktion um 200.000 und damit fast 15 Prozent auf über 1,5 Millionen gestiegen. Was womöglich zunächst Hygieneerwägungen geschuldet war, ist zwischenzeitlich zum Standard geworden. Kunden erwarten mittlerweile digitale Bezahlmöglichkeiten. Zudem erschließt das den Händlern an der einen oder anderen Stelle auch neue Umsätze. Durch bargeldlose Spontankäufe oder weil die Bundesbürger zunehmend ohne Portemonnaie, aber dafür mit Handy und der dort integrierten Bezahlkarte aus dem Haus gehen. Ein Trend, der laut dem seit 2019 jährlich von Visa und dem Meinungsforschungsinstitut Forsa veröffentlichte Mobile Payment Monitor schon länger besteht.

Bezahlen kostet Geld

Ob das unbare Bezahlen sich dabei für jeden Betrieb rechnet, kommt auf den Einzelfall an. Denn mit Kosten für Geldbeschaffung und Bankgebühren für Münzgeldentsorgung, Karten- sowie Transaktionsgebühren oder Personalaufwendungen sind alle Bezahlarten verbunden. Die Bundesbank hat sich 2019 umfangreich mit den Kosten der Bargeldzahlung im Einzelhandel auseinandergesetzt. Die Erkenntnisse sind nach wie vor gül-

tig, wie Branchenkenner bestätigen. So liegen die durchschnittlichen Gesamtkosten von Bar- und Girocard-Zahlungen dicht beieinander. Da Kassierzeiten – und damit Personalkosten – bei kleinen Unternehmen nicht ganz so ins Gewicht fallen, sind auch SEPA-Lastschriftverfahren (also Zahlungen mit Girocard und Unterschrift) attraktiv. Kleine Händler und Betriebe haben wohl Kosten zwischen 0,2 und 0,3 Prozent des Zahlbetrags, wenn der Kunde seine Rechnung per Girocard begleicht. Teurer wird es, wenn Kunden mit Kreditkarten bezahlen. Da liegen die Kosten eher beim fünf- bis zehnfachen. Hinzu kommen bei allen bargeldlosen Bezahlarten eine Transaktionsgebühr für die Nutzung des Kartenzahlgeräts von 7 bis 12 Cent pro Transaktion sowie monatliche Geräte- und Servicegebühren. Sie liegen meist im einstelligen oder geringeren zweistelligen Eurobereich pro Kartenlesegerät.

Bezahlen – auf welche Weise auch immer – kostet Geld. Vordergründig den Händler. Am Ende freilich auch den Kunden. Denn jeder gute Kaufmann wird versuchen, die Bezahlkosten in seinen Produktpreis ebenso einzukalkulieren wie die Tatsache, dass es eben den einen Bezahlweg nicht mehr gibt. Die Zukunft des Bezahls liegt in der Vielfalt der Zahlungsmethoden. Zahlungen mit Karte und digitalen Endgeräten werden weiter zunehmen. Bargeldzahlungen aber auch nicht ganz verschwinden. Das kann man als Prognose für die nächsten Jahre wagen.

Bargeld bleibt

Alles hat Corona mithin doch nicht verändert. Die Deutschen hängen am Bargeld. Sie bezahlen damit zwar weniger. Fragt man sie jedoch, wie wichtig ihnen grundsätzlich die Möglichkeit zur Bargeldnutzung ist, dann fällt die Antwort eindeutig aus: Fast 70 Prozent der Bundesbürger ist das laut einer Untersuchung der Bundesbank vom letzten Jahr sehr oder zumindest ziemlich wichtig. Was dann auch die 100 Euro im Portemonnaie erklären würde.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (53) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

LfA-Förderbilanz 2022 mit den Genossenschaftsbanken:

660 Mio. Euro an Förderkrediten für Bayerns Mittelstand

Im Jahr 2022 haben die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken Förderkredite der LfA Förderbank Bayern in Höhe von mehr als 660 Millionen Euro vergeben. Mit über 2.300 Zusagen für Mittelstand und Selbstständige in Bayern stehen sie für mehr als 47 Prozent der im vergangenen Jahr insgesamt zugesagten LfA-Programmkredite. Die Genossenschaftsbanken sind einer der wichtigsten Partner der LfA im Fördergeschäft.

„Mit ihrem Know-how zu den flexibel einsetzbaren Förderangeboten der LfA ermöglichen die Beraterinnen und Berater der Genossenschaftsbanken Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen passgenaue Finanzierungen zu attraktiven Konditionen. Erfreulicherweise haben die Betriebe und Selbstständigen im vergangenen Jahr die Fördermittel trotz der zahlreichen Herausforderungen und Krisenstimmung in erster Linie genutzt, um in ihre langfristige Zukunftsfähigkeit zu investieren. Auf diesem Weg werden wir ihnen gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken auch in Zukunft zur Seite stehen und sie auch bei den Herausforderungen der Digitalisierung und der Nachhaltigkeit unterstützen“, kommentiert Hans Peter

Göttler, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA, die Zahlen.

Erfolgsmodell

Gregor Scheller, Präsident und Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbands Bayern, ergänzt: „Die bewährte Kooperation der Volksbanken und Raiffeisenbanken mit der LfA ist ein Erfolgsmodell. Die flexiblen Förderangebote der LfA geben den bayerischen Unternehmen und Gründern die Möglichkeit, langfristig ausgerichtete Investitionen zu verwirklichen. Als Hausbanken sorgen die fest in den Regionen verwurzelten Volksbanken und Raiffeisenbanken dafür, dass die Fördermittel ihre Wirkung entfalten. Zusammen ermöglichen wir Zukunft.“

Fast 2.000 Projekte über „Regionalbudgets“ unterstützt

Das erfolgreiche Regionalbudget wird fortgesetzt. Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mitteilte, wird dieses effiziente und unbürokratische Förderinstrument, mit dem die Lebensqualität im ländlichen Raum gesteigert wird, nun bis Ende 2025 verlängert. Die Ministerin hatte sich auf Bundesebene dafür stark gemacht, die zunächst bis Ende 2023 befristete Maßnahme zu verlängern.

„Egal ob Insektengarten, Hofladen-Container oder Themenwanderwege, mit den vielen kleinen Projekten, die das Regionalbudget in allen Regionen Bayerns fördert, wird unsere Heimat ein Stück lebenswerter. Denn die Förderung setzt genau da an, wo Menschen aktiv werden, dazu aber Unterstützung brauchen“, sagte die Ministerin in München. In den drei Jahren, seit es das Regionalbudget in Bayern gibt, haben die Ämter für Ländliche Entwicklung fast 5.000 Kleinprojekte von Gemeinden, Vereinen und Privatpersonen mit insgesamt fast 23 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln gefördert.

Heimat gestalten

Über das Regionalbudget können Projekte in Gemeinden gefördert werden, die sich frei-

willig im Rahmen einer Organisation, Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) genannt, zusammengeschlossen haben. Die ILEs können jährlich ein Regionalbudget in Höhe von 100.000 Euro beantragen und damit örtliche Kleinprojekte fördern. 113 der 118 ILEs in Bayern haben im vergangenen Jahr davon Gebrauch gemacht. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr knapp 2.000 Projekte mit fast neun Millionen Euro gefördert.

Träger der Projekte waren 870 Kommunen, 813 Vereine und Verbände und 259 einzelne Personen. „Das zeigt, dass dieses wunderbare Instrument von den ideenreichen und engagierten Menschen überall in unserem Land angenommen wird, um ihre Region zu gestalten und voranzubringen“, führte die Ministerin aus.



Dr. Jürgen Gros.

Bild: Barbara Obermaier

lich für ihn scheint eine Melange aus fortschreitender Digitalisierung, Kostenoptimierung und Personalmangel im Einzelhandel zu sein. Jedenfalls sagt das einer, der sich im Metier bestens auskennen, aber nicht genannt werden will. Der Blick in eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank von Anfang des Jahres hilft zu verstehen, um was es beim Bezahlen im stationären Handel geht: Nämlich um Geschwindig-

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN
LIVE

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Schwäbische Landkreisvertreter kritisieren Pläne zur Krankenhausreform

Flüchtlingssituation sehr angespannt

Im Rahmen einer Arbeitstagung im Landkreis Unterallgäu hat sich der Bezirksverband Schwaben im Bayerischen Landkreistag zu aktuellen Themen ausgetauscht. Die Landkreisvertreter sehen durch die geplante Krankenhausreform der Bundesregierung die medizinische Versorgung der Bevölkerung gerade in ländlichen Regionen in Gefahr: „Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die geplante Krankenhausreform grundlegend zu überarbeiten und sicherzustellen, dass nicht in die Planungskompetenz der Länder eingegriffen wird und die Versorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt bleibt“, sagte der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, der Lindauer Landrat Elmar Stegmann. Zudem waren auch die steigenden Flüchtlingszahlen in Schwaben und die damit einhergehende äußerst angespannte Unterbringungssituation ein Thema.

Die Landkreisvertreter waren sich einig, dass eine Krankenhausreform grundsätzlich erforderlich ist. Allerdings müsse sich eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausreform sowohl an der Versorgung der Patientinnen und Patienten, als auch an regionalen Bedürfnissen orientieren. Ihrer Meinung nach bestehe bei Umsetzung der vom Bundesgesundheitsminister vorgesehenen Krankenhausreform die Gefahr einer Benachteiligung der Menschen in ländlichen Gebieten. „Viele Kliniken und Gesundheitseinrichtungen sind nicht nur in Schwaben, sondern deutschlandweit in ihrer wirtschaftlichen Stabilität bedroht. Inflation, Energiekrise und Mehraufwand für Covid-19-Maßnahmen sorgen für Kostenexplosionen, die letztlich die Versorgung der Menschen gefährdet“, so der Bezirksverbandsvorsitzende. Die Tagungsteilnehmer erachten die geplanten Finanzhilfen der Bundesregierung zum Ausgleich von Energiepreissteigerungen zwar als hilfreich, sie könnten jedoch nicht das strukturelle Defizit aufgrund inflationsbedingter allgemeiner Kostensteigerungen und der Covid-19-Maßnahmen ausgleichen. Eine wirksame und umfassende Strukturreform könne nicht ohne zusätzliche Finanzmittel auf den Weg gebracht und umgesetzt werden, da bereits eine eklatante Unterfinanzierung der laufenden Betriebskosten und seit Jahrzehnten eine klaffende Lücke bei der Investitionsförderung bestehe.

Rettungswesen

Sehr kritisch sahen die schwäbischen Landrätinnen und Landräte auch die Entwicklungen des Rettungswesens im ländlichen Raum. Weniger Krankenhäuser oder Häuser mit deutlich eingeschränktem Leistungsspektrum bedeuten nicht nur längere Fahrtwege, sondern auch zwangsläufig mehr Fahrten. Durch Klinikschließungen stünden aber gleichzeitig noch weniger Krankenhausärzte als Notärzte zur Verfügung, als

che Finanzmittel im System auf den Weg zu bringen.

Abstimmung über alle Grenzen

Für die schwäbischen Landkreise ist es darüber hinaus von großer Bedeutung, dass bei Reformüberlegungen nicht an Landesgrenzen Halt gemacht wird, sondern eine enge Abstimmung mit Baden-Württemberg erfolgt und auch die Auswirkungen auf die stationäre Krankenhausversorgung entlang der Grenze zu den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg im Blick behalten wird.

Flüchtlingssituation: Belastungsgrenzen erreicht

Auch die aktuelle Flüchtlingssituation in Schwaben beschäftigte die Landkreisvertreter einmal mehr bei ihrer Arbeitstagung. Die einzelnen Landkreise haben es in den letzten Monaten immer wieder geschafft Unterbringungsplätze für die Geflüchteten, sei es aus der Ukraine oder anderen Ländern, zu finden, kämen nun aber an ihre Belastungsgrenze. Die meisten Landkreise haben die ehemaligen Impfzentren in Notunterkünfte umgewandelt und versuchen teilweise mit Containern und Zelten Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen, um möglichst die Belegung von Turnhallen zu vermeiden. Sollte der Zustrom jedoch so weitergehen und kein weiterer Wohnraum gefunden werden können, bliebe den Landkreisvertretern wohl keine andere Wahl als auf Turnhallen zurückzugreifen.

Medizinische und psychologische Versorgung

Die aktuell stattfindende kontinuierliche und unkontrollierte Zuwanderung nach Europa, insbesondere jedoch nach Deutschland, bereitet den Landkreisvertretern Sorgen. Ihnen geht es nicht nur um die Unterbringungsproblematik, sondern auch um die Betreuung und Begleitung sowie teilweise um die medizinische bzw. psychologische Versorgung, die ein längerer Aufenthalt der Geflüchteten mit sich bringt. Hier wären zwar in den Jahren 2015/2016 Strukturen geschaffen worden, diese Strukturen reichten jedoch für die aktuellen Flüchtlingszahlen nicht aus und auch die Helferkreise stießen überall an ihre Grenzen. Der Bezirksverbandsvorsitzende fordert deshalb: „Die Zuwanderung muss kontrolliert werden und zwar be-



Das Bild zeigt v.l. in der 4. Reihe: Hubert Kraus (Stellv. Landrat Augsburg), Dr. Hans Reichart (Landrat Günzburg) und Stefan Röfle (Landrat Donau-Ries); 3. Reihe: Maria Rita Zinnecker (Landrätin Ostallgäu), Thorsten Freudenberger (Landrat Neu-Ulm) und Dr. Klaus Metzger (Landrat Aichach-Friedberg), 2. Reihe: Indra Baier-Müller (Landrätin Oberallgäu), Andrea Degl (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistag) und Markus Müller (Landrat Dillingen a. d. Donau), 1. Reihe: Elmar Stegmann (Landrat Lindau (Bodensee)), Barbara Schretter (Regierungspräsidentin Regierung Schwaben) und Alex Eder (Landrat Unterallgäu).

Bild: Landkreis Lindau / Angela Wolf

GZ PINOS WELT



Es war offenkundig ein Schock für viele Menschen in diesem Land, dass nach der Insolvenz in Eigenverwaltung einer großen Modehauskette jetzt auch noch ein wahrhafter Kahlschlag unter den Warenhausstandorten eines Traditionshandelshauses vonstattegehen soll. Gut, unser Städtchen ist zu klein, um jemals der Standort eines solchen Konsum-Dickschiffs gewesen zu sein, aber natürlich gehörte auch für viele bei uns der Besuch eines Kaufhauses zu einem Einkaufstrip in die nächstgelegene Metropole einfach dazu.

Ja, es scheint nicht übertrieben, wenn man sagt, dass das Kaufhaus, obwohl dahinter eigentlich ein Konzept aus dem 19. Jahrhundert steht, untrennbar zum deutschen Wirtschaftswunder der Wiederaufbaujahre dazu gehört. Ikonisch und aus keiner Dokumentation über den wachsenden Wohlstand der Nation wegzuden-

Das Kaufhaus hat keine Zukunft mehr

ken sind die schwarz-weiß-Aufnahmen der die Kaufhäuser stürmenden Massen am ersten Tag des Sommer- oder Winterschlussverkaufs, die verbissenen Mienen der Damen an den Wühltischen, die verbilligte Leibwäsche für den Gatten zu fassen bekommen wollten oder die mit Tüten schwer bepackten Wochenendeinkäufer.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kaufhäuser zeigt sich ja bis heute in der Brutalo-Architektur, die sie in den Innenstädten durchsetzen konnten. Man denke nur an den Betonklotz am Münchener Marienplatz, der sowohl dem ästhetischen Empfinden, als auch dem Ensembleschutz voll in die Fresse gibt. Trotzdem wurde der Bau genehmigt, wie so viele andere gleich scheußliche Konsumtempel all überal im Land.

Das Kaufhaus als solches ist also emotional hoch belegt. Deshalb ist die Schließungsankündigung wohl auch ein so großes Thema in den Nachrichten und für die Kommunalpolitik der betroffenen Städte. Dabei sage ich als Kater der viel Zeit und Muße hat und die Zeitläufte wie die Menschen intensiv studiert: Das Kaufhaus hat keine Zukunft mehr.

Denn die erste und wichtigste Frage in diesem Zusammenhang ist: Warum sollte man sich für ganz normale Dutzendware auf den Weg in die Stadt machen, wenn man diese Ware bequem, in viel größerer Auswahl und im Zweifel billiger im Internet bestellen kann?

Verstärkt wird diese Frage durch zwei Faktoren, von denen einer sehr deutsch ist: Das Ladenöffnungsregime. Unbestreitbar ist es für die Beschäftigten von Läden und Warenhäusern sehr angenehm, dass die Häuser nur reglementierte Öffnungszeiten haben, jedenfalls solange sie ihren Job deswegen nicht verlieren. Denn warum soll ich mich nach Feierabend oder noch schlimmer am Samstag abhetzen, um vor Ladenschluss noch ein Badetuch, eine beschickte Bratpfanne und eine Rolle Geschenkpapier zu besorgen, wenn ich das auch ganz entspannt nach dem Abendessen und der Tageschau oder am Sonntag im Netz erledigen kann? Und warum soll ich mich mit sperrigen Einkaufstaschen in den Bus quetschen und klaustrophobische Anfälle bekommen? Denn die Autos werden ja aus den Innenstädten verbannt und die Parkhäuser am Stadtrand kosten so viel, da kann man sogar bei Netzanbietern bestellen, die noch Versandgebühren nehmen.

Nein, das Einkaufserlebnis Innenstadt bedeutet heute nicht mehr, in ein Kaufhaus zu gehen, alles Mögliche dort zu finden und sich im Schnellrestaurant in der obersten Etage mit einem Jägerschnitzel zu belohnen. Die Innenstadt der Zukunft hat Spezialgeschäfte, die Dinge führen, die man nicht so ohne weiteres im Netz findet oder dort kaufen will. Der Flaneur will raffinierte und gute Gastronomie vorfinden. Der Abstecher in eine Kunstausstellung gehört oftmals dazu, nie mehr aber der Wühltisch und das Schnäppchenschlagen.

Klar, auch diesen Übergang muss man sanft gestalten, vor allem für die Beschäftigten. Aber man sollte sich nicht der Illusion hingeben, als wäre mit dem kleinen Sieg des Erhalts eines Kaufhausstandorts ein Konsumkrieg gewonnen. Ich halte es da klar mit Sophokles: „Der Himmel hilft niemals solchen, die nicht handeln wollen.“

Ihr Pino

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Gleich drei Bürgermeisterwahlen fanden im Landkreis Kronach statt: In der Marktgemeinde Küps bleibt Bernd Rebhan (CSU) Rathauschef. Mit 65,5 Prozent der Stimmen setzte er sich gegen seinen Kontrahenten Thomas Friedlein (SPD) durch, der auf 34,5 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,7 Prozent. Auch in der Gemeinde Steinbach am Wald bleibt alles beim Alten. Ohne Gegenkandidat kam Thomas Löffler (CSU) auf 74,6 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 40 Prozent. Nachfolger von Rainer Detsch (Freie Wähler) in der Gemeinde Stockheim wurde Daniel Weißerth (CSU). Als einziger Kandidat vereinte er 98,8 Prozent der Stimmen auf sich. Die Wahlbeteiligung betrug 35,5 Prozent.

Memmingen und Fürstenfeldbruck

Jan Rothenbacher (SPD) ist neuer Oberbürgermeister von Memmingen. Bereits im ersten Wahlgang eroberte er mit deutlichem Vorsprung das Rathaus für die Sozialdemokraten zurück. Der 30-jährige Politik- und Verwaltungswissenschaftler setzte sich mit 55,4 Prozent der Stimmen gegen Amtsinhaber Manfred Schilder (CSU) durch. Für ihn votierten 38,3 Prozent der Wähler. Nur Sensoy (Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei) kam mit 3,3 Prozent der Stimmen auf Platz 3 und Krimhilde Dornach (ÖDP) erhielt 3 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,6 Prozent.

Eine Stichwahl entschied über den Ausgang der OB-Wahlen in Fürstenfeldbruck. Christian Götz (BBV) behielt mit 61,4 Prozent der Stimmen die Oberhand gegenüber Andreas Lohde. Der CSU-Kontrahent brachte es auf 38,6 Prozent. Bereits in der ersten Wahlrunde lag Götz vor Lohde – wenn auch hauchdünn. Er wird somit Nachfolger von Erich Raff (CSU), der aus Altersgründen nicht mehr antreten konnte. Die Wahlbeteiligung betrug 41,2 Prozent.

Bergheimfeld und Wackersdorf

In Bergheimfeld (Landkreis Schweinfurt) wurde Bürgermeister Ulrich Werner (CSU) mit 53,8 Prozent im Amt bestätigt. Sein Herausforderer Fabian Helmerich (Freie Wähler) erhielt 46,2 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,8 Prozent. In Wackersdorf (Landkreis Schwandorf) wurde Rathauschef Thomas Falter (CSU) mit 97,1 Prozent wiedergewählt. Er war der einzige Kandidat. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,7 Prozent. DK

Finanzielle Unterstützung durch den Bund gefordert

Daneben erwarten die Landkreisvertreter mehr finanzielle Unterstützung durch den Bund. Mehr Flüchtlinge bedeuten höhere Kosten. Dabei geht es nicht nur um die Unterbringungskosten, sondern auch um die zusätzlichen Aufwendungen beispielsweise für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sowie die vollständige Übernahme der flüchtlingsbezogenen Kosten für integrationsbezogene Zwecke.

Neue Regierungspräsidentin

An der Arbeitstagung der schwäbischen Landrätinnen und Landräten nahm auch erstmals die neue Regierungspräsidentin der Regierung von Schwaben, Barbara Schretter, teil. „Ich heiße Sie, liebe Frau Schretter, herzlich willkommen in unserer Runde und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit und ein vertrauensvolles Miteinander“, so der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, Landrat Elmar Stegmann. □

Kommunalforum Alpenraum 2023 in Kundl:

„Wir müssen Dinge angehen, die wehtun“

Den Gemeinden kommt bei der Bewältigung der Klimakrise eine entscheidende Rolle zu – das war eine der Kernbotschaften beim Kommunalforum Alpenraum, zum dem sich Gemeindevertreterinnen und -vertreter aus Südtirol, Tirol und Bayern im Lindner-Innovationszentrum in Kundl trafen.

Der Klimawandel ist eines der großen Zukunftsthemen. Gerade im Alpenbogen macht sich der Temperaturanstieg besonders bemerkbar und hat massive Auswirkungen: von der Landwirtschaft über den Tourismus bis zum Naturgefahrenmanagement. „Wenn wir nicht im Kleinen an-

fangen, wird es auch im Großen nicht gelingen. Wer jetzt nicht auf die Energie- und Mobilitätswende setzt, verbaut der nächsten Generation die Zukunft“, sagte Tirols Landeshauptmann Anton Mattle bei der Eröffnung des Kommunalforums Alpenraum im Lindner-Innovationszentrum in Kundl.

„Die Gemeinden haben eine extrem wichtige Rolle im Klimaschutz, als Vorbilder und Multiplikatoren“, betonte Klimaexperte und ORF-Wetterchef Marcus Wadsak in seiner Keynote „Klimawandel: Fakten gegen Fake & Fiction“. Und er sagt auch: „Es gibt derzeit keinen wissenschaftlichen Grund, warum wir die Pariser Klimaziele nicht erreichen könnten. Es liegt nur an uns und unserem Handeln“.

Energiesparen als Hebel

Helmuth Müller, Vorstandsvorsitzender der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, zeigte auf, dass „alleine bei der Straßen- und Sportplatzbeleuchtung durch den Einsatz von LED-Technologie bis zu 60 Prozent Energie eingespart werden können.“ Zweites großes Thema sei die Eigenerzeugung – zum Beispiel durch PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden.

„Wenn es um den Klimaschutz

geht, müssen die Gemeinden die Bevölkerung motivieren“, betonte Alfred Riedl, Präsident des österreichischen Gemeindebundes in der abschließenden Talkrunde. Sein Südtiroler Amtskollege Andreas Schatzer sieht vor allem das Verkehrsthema als Schlüssel im Kampf gegen den Klimawandel: „Wir müssen den hausgemachten Verkehr in den Griff bekommen und hier ein Umdenken bei den Menschen erreichen.“

Franz Rasp, Bürgermeister von Berchtesgaden und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, ortet Handlungsbedarf im Siedlungsbereich: „Wir müssen Dinge angehen, die wehtun. Jeder träumt vom Einfamilienhaus im Grünen. Ich muss den Leuten aber sagen, dass das mit Blick auf den Klimaschutz in Zukunft oft nicht mehr geht.“ Die Devise heiße „schmerzhaftes Nachverdichten statt Neuausweisung.“ Auf die Bedeutung des ländlichen Raums für den Klimaschutz und die Energiezukunft ging Regina Norz, stellvertretende Obfrau von Forum Land ein: „Es geht darum, möglichst viele Grünflächen zu erhalten und zu bewirtschaften. Jeder Hektar Wald und Wiese speichert CO2.“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt die Eigenbeilage „Innovativer Massivbau für den Klimaschutz“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner aus Kundl. Ziel ist es, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten.



V.l.: Stefan Lindner (Geschäftsführer Traktorenwerk Lindner), Alfred Riedl (Präsident Österreichischer Gemeindebund), der Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle, Hermann Lindner, Rudolf Lindner (beide Geschäftsführer Traktorenwerk Lindner), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband) und Franz Rasp (Bürgermeister Berchtesgaden und Bayerischer Gemeindetag)

Bild: Lindner

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Kommunen **kompetent** erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 • D-94069 Schlierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

UG Unsere Grüne Glasfaser

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2023 sichern unter: **0800 410 1 410 111**

powered by Allianz

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

schweitzer
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

KFB

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Softwarelösungen

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.

m7i-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



Erweiterung des Landratsamtes Bad Kissingen mit einer gesäuerten und scharierten Sichtbetonfassade aus Fertigteilen: Hergestellt aus regionalen Rohstoffen, kurze Transportwege, robuste, wartungsarme Gebäudehülle für eine lange Lebensdauer, vollständige Recyclbarkeit nach Nutzungsende. Bild: Koy und Winkel

solid
UNIT

DAS NETZWERK FÜR DEN
INNOVATIVEN MASSIVBAU

SOLID-UNIT.DE

Innovativer Massivbau für den Klimaschutz

Warum die Massivbauweise schon nachhaltig ist und wie sie künftig noch klimafreundlicher wird. Baustoffindustrie, Bauwirtschaft, Hochschulen, Kammern und Forschung setzen sich gemeinsam für Klimaschutz ein.

Mineralische Baustoffe sind in vielen Bereichen alternativlos. Das hat statische, bauphysikalische und sicherheitstechnische Gründe. Die Massivbauweise hat große Potenziale, die weitgehend unbestritten sind: Dauerhaftigkeit, Statik, Brandverhalten sowie besonders gute Wärmespeicherfähigkeiten. Sie ist sicher, langlebig und beständig. Und damit auch nachhaltig. Vollkommen zu Recht spielt das Kriterium der Treibhausgasemissionen bei der Produktion, Nutzung und Entsorgung von Baustoffen eine zentrale Rolle. Neben der Langlebigkeit haben die mineralischen Rohstoffe den entscheidenden Vorteil, dass sie aus der Region für die Region gewonnen und verarbeitet werden. Die ortsnahe Gewinnung und Verarbeitung vermeiden lange Transportwege und damit verbundene ökonomische und vor allem ökologische Nachteile. Ein weiterer Nachhaltigkeitsbonus liegt in der Recyclingfähigkeit der Massivbaustoffe. Ein massiv gebautes Gebäude kann rückgebaut und das Material zum großen Teil verwertet und wiederverwendet werden. Es entsteht ein Kreislauf, der Ressourcen schont. Das hat die massive Bauweise anderen voraus. Sortenreine, mineralische Baustoffe bzw. Bauteile werden das in Zukunft noch effizienter ermöglichen.

Bauen bedeutet Vielfalt der Baustoffe

Jedes Haus ist bereits ein Hybridbau und das wird und soll sich auch künftig nicht ändern. Jeder Baustoff soll seine individuellen Fähigkeiten zur bestmöglichen ökologischen Bilanz beitragen. Die immer wieder von politischer Seite postulierte

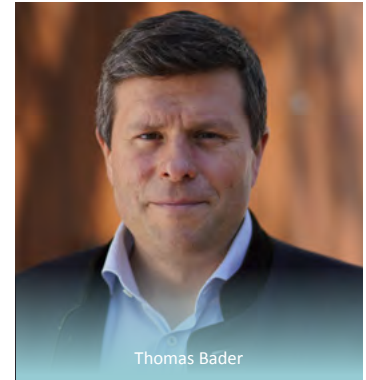
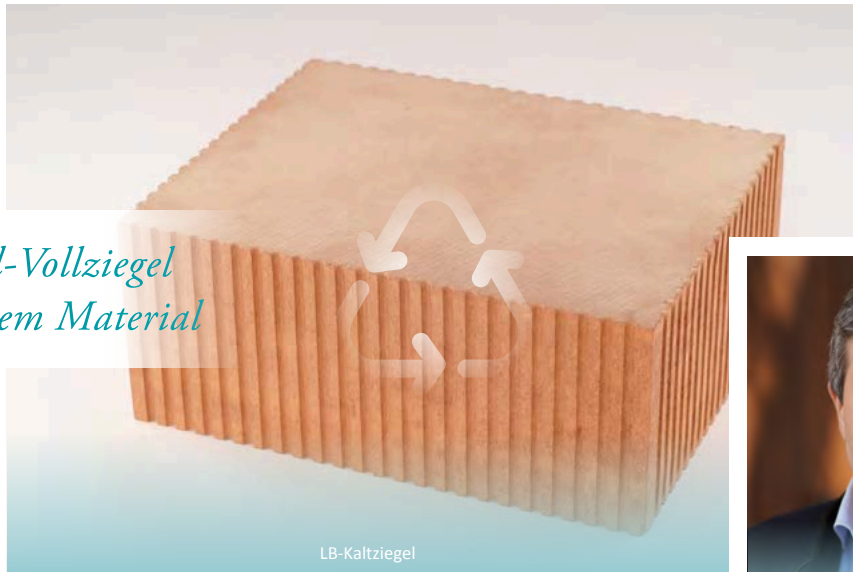
„Technologieoffenheit“ darf nicht nur ein reines Lippenbekenntnis sein, sondern muss Bestand haben und gelebt werden, auch im Förderrecht. Klar ist auch, dass die Recyclingquote noch nicht ausgeschöpft ist, genauso wie das CO₂-Einsparpotenzial beim Herstellungsprozess von mineralischen Baustoffen. Das muss und soll sich deutlich verbessern. In der Produktionsphase der Baustoffe bedarf es großer Anstrengungen zur Minderung der grauen Energie. Die mineralischen Baustoffe bieten eine große, bisher noch weitgehend ungenutzte Hebelwirkung zur CO₂-Reduktion.

Innovationsmotor für die massive Bauweise

solid UNIT, das neue Netzwerk für die Massivbauweise in Bayern mit Partnern aus den Bereichen Bauplanung, Bauwirtschaft, Baustoffindustrie sowie Forschung und Lehre, vernetzt die unterschiedlichen Akteure und ermöglicht einen direkten Wissenstransfer. Das nachhaltige Bauen mit mineralischen Baustoffen soll so noch stärker gefördert werden. Ziel ist es, die Forschung bei innovativen neuen Baustoffen zu unterstützen, ein kreislaufwirtschaftliches Denken zu fördern, Gebäudeenergiebedarfe zu optimieren und sich für eine Lebenszyklusbetrachtung unter besonderer Berücksichtigung der Langlebigkeit massiver Bauwerke einzusetzen. solid UNIT steht dabei nicht für die Förderung bestimmter Bauweisen, sondern für ein gemeinsames Vorgehen für mehr klimaneutrales Bauen! ■

THOMAS BADER | GESCHÄFTSFÜHRER LEIPFINGER-BADER GMBH

Innenwand-Vollziegel aus recyceltem Material



Thomas Bader

Aus Ziegelsand ohne Brand

Ein Ziegel, der nicht gebrannt wird und kaum neue Ressourcen verbraucht? Diese Vorstellung schien bisher im Bereich des Unmöglichen zu liegen. Die Ziegelwerke Leipfinger-Bader (Vatersdorf) haben nun jedoch einen besonders nachhaltigen Vollziegel entwickelt. Bestehend aus recycelten Ziegelresten und mineralischen Bindemitteln wird er in einem speziellen Verfahren gepresst und anschließend an der Luft getrocknet.

Die zunehmende Ressourcenknappheit erfordert das Beschreiten neuer Wege. So steigt die Nachfrage und Akzeptanz gegenüber Sekundärbaustoffen in der Baustoffwirtschaft immer mehr. Die Ziegelwerke Leipfinger-Bader beschäftigen sich schon lange mit ressourcenschonendem Bauen und konnten dank der eigens konzipierten Recyclinganlage einen nachhaltigen Vollziegel aus rezyklierten Ziegelmaterialien entwickeln, der nicht gebrannt werden muss und somit nur einen geringen Energieeinsatz erfordert.

Die Basis des „Kaltziegels“ bilden sortenreine Ziegelreste in besonders feinen Körnungsgrößen, wie sie regelmäßig beim Schleifen von Planziegel anfallen. Daneben können auch Frak-

tionen von recyceltem Ziegelbruch verwendet werden, wie etwa aus der innovativen Recyclinganlage auf dem Gelände von Leipfinger-Bader (Standort Puttenhausen). Dieser Ziegelsand wird mit einer speziellen Bindemittel-Mischung versetzt. Nach dem eigens entwickelten Pressverfahren werden die Vollziegel-Rohlinge anschließend an der Luft bei Umgebungstemperatur getrocknet – ein Brennvorgang entfällt.

Das Resultat ist ein Wandbaustoff, der eine besonders hohe Rohdichte aufweist sowie über eine entsprechend hohe Druckfestigkeit verfügt. Dank seiner Masse erfüllt er nicht nur die statischen Voraussetzungen für tragende Innenwände, sondern auch deren spezielle Schallschutzanforderungen. Wie herkömmliche Planziegel lässt er sich im Dünnbettverfahren verarbeiten.

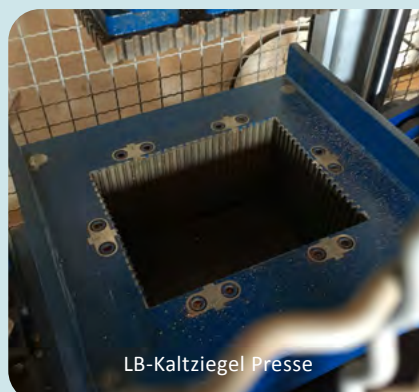
Der Aufbau einer Serienfertigung stellt noch eine Herausforderung dar. Aber im Zuge von „Urban Mining“ und „Green Deal“ könnte der innovative Kaltziegel in Zukunft dazu beitragen, einen Teil der CO₂-Problematik auf dem Bau zu lösen. ■

LEIPFINGER-BADER.DE

Der Recyclingprozess



Recycelte Ziegelreste



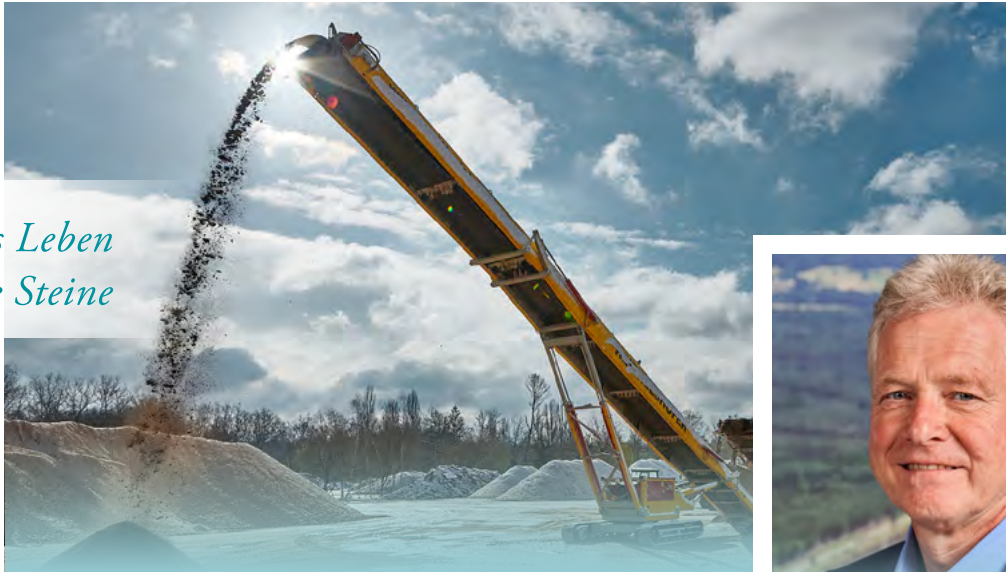
LB-Kaltziegel Presse



LB-Kaltziegel Prüfung

DR. HANNES ZAPF | GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER ZAPF GMBH & CO. KG

*Zweites Leben
für alte Steine*



Dr. Hannes Zapf

Kalksandstein aus recyceltem Material

Der Kalksandstein-Hersteller Zapf-Daigfuss, mit Hauptsitz in Schwaig, entwickelte ein Verfahren zur Herstellung von Kalksandsteinen aus recyceltem Material. Für das Pilotprojekt auf dem Baugelände der zukünftigen TU Nürnberg wurde das Mauerwerk in einem zum Abriss stehenden, über 50 Jahre alten Gewerbegebäude auf die sortenreine Rückbaubarkeit untersucht. Nachdem festgestellt wurde, dass Kalksandsteine ohne störende anorganische oder organische Anhaftungen vorhanden waren, entschied sich das Team, bestehend aus Abbruchunternehmen und Kalksandstein-Hersteller, für einen selektiven Rückbau.

Zunächst wurden die Dämmstoffe auf der Außenwand entfernt und getrennt aufbereitet. Anschließend wurden die geeigneten Gebäudestrukturen gezielt zurückgebaut, das Recyclingmaterial aus Kalksandstein auf der Baustelle sortiert und klein gebrochen. Im Produktionswerk angekommen, entstanden dann unter Zugabe von 12 Prozent des gebrochenen Sekundärrohstoffs neue Steine – die Kalksand-Kreislaufsteine. In allen relevanten Eigenschaften sind sie mit konventionell produzierten Kalksandsteinen identisch.

Zur Wahrung der hohen bauphysikalischen Ansprüche, wird wiederverwertbares Recyclingmaterial derzeit mit einem Anteil von 10 bis 15 % in den Produktionsprozess neuer Kalksandsteine zurückgeführt. Dazu zählen: Reststoffe aus der eigenen Produktion (abfallfreie Produktion) und sortenreines Recyclingmaterial aus dem Rückbau von Bestandsgebäuden (Kreislaufwirtschaft).

Das mit Brechwerken zerkleinerte und an groben Sand erinnernde Recyclingmaterial wird mit dem herkömmlichen Gemenge aus Sand, Kalk und Wasser vermischt und in den energiearmen Produktionsprozess gegeben.

Der Kalksand-Kreislaufstein benötigt zur Herstellung keinen veränderten Fertigungsablauf. Jedes Prozent an wiederverwertetem Recyclingmaterial trägt somit als Sekundärrohstoff zur Ressourceneinsparung bei und ist ein Gewinn für die Umwelt. Ziel ist es, den Recyclinganteil im Produkt weiter zu erhöhen – darüber hinaus auch, den Kalksand-Kreislaufstein bundesweit zur Realisierung nachhaltiger Gebäude anzubieten.

Kalksandstein spielt genau hier eine weitere Stärke aus. Das Material bietet eine optimale Ausgangsbasis, um massive Wandkonstruktionen mit Kreislaufprodukten Realität werden zu lassen.

Mit dem KS-Kreislaufstein entwickelten mittelständische Kalksandstein-Hersteller ein zirkuläres Konzept für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft im Mauerwerksbau, unter anderem die Zapf KG in Behringsdorf bei Nürnberg. Seit der Firmengründung 1899 hat sich das Unternehmen in der vierten Generation der Familie erfolgreich entwickelt. Die Zapf-Daigfuss Gruppe erwirtschaftete 2021 einen Umsatz von 30 Millionen und beschäftigte 120 Mitarbeiter. ■

ZAPF-DAIGFUSS.DE



Abbruch des alten Kalksandstein Mauerwerks

Zerkleinern und trennen

Recycling Presse

Recycelter Kalksandstein

Mehr zum Thema Nachhaltigkeit und Recycling: bit.ly/3JBzOce

CHRISTIAN FRANKE | MEIER BETONWERKE GMBH

Neue Möglichkeiten mit Infraleichtbeton



Wohnhaus in Pfaffenhofen mit Infraleichtbeton. Architekt: Thalmair Bild: Sebastian Schels



Christian Franke

Infraleichtbeton – die tragende Wärmedämmung

Infraleichtbeton ist ein Hochleistungsbeton, der aufgrund seiner geringen Rohdichte als tragende Wärmedämmung dauerhafte, nachhaltige und ansprechende Bauten verspricht. Monolithische Tragwerke aus Sichtbeton können wieder ökonomische und ökologische Anforderungen erfüllen. Der Baukultur und dem werkstoffgerechten Entwerfen und Konstruieren stehen neue Wege offen.¹

Quelle ¹: www.infraleichtbeton.de

Das monolithische Bauen mit mineralischen Baustoffen hat zu Recht eine große Bedeutung und erfreut sich einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung. Der Infraleichtbeton ist ein Wandbaustoff, der allein aus sich heraus, d.h. ohne weitere Maßnahmen, die Anforderungen des Wohnungsbaus an Tragfähigkeit, Schall-, Brand-, Wärme- und Witterungsschutz erfüllt.

Als monolithischer Wandbaustoff bietet er dazu die Möglichkeit zur einfachen Wiederverwertung. Und das ohne Downcycling, d.h. ohne Qualitätsverlust. Diese Wiederverwertung gewährleistet die optimale Einsparung von Material und Energie und entlastet nebenbei unsere Deponien.

Wie geht das?

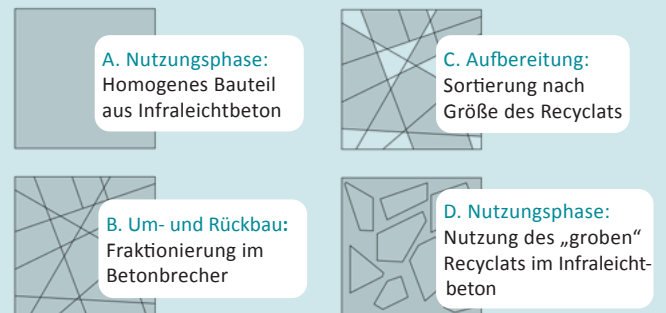
Die Eigenschaft des Betons ist durch mineralische Zuschlagstoffe (Körnungen) und ein Bindemittel bestimmt. Mit Wasser entsteht in einem Mischprozess ein fließfähiger Beton (Frischbeton) der in nahezu jede Form gegossen werden kann und nach dem Aushärten die gewünschte Form behält.

Durch Um- und Rückbauten unserer Gebäude entsteht normalerweise Bauschutt, der, je nach Zusammensetzung der Bauteile, die Wiederverwertung erschweren oder unmöglich machen kann.

Der Beton selbst bildet aber immer einen homogenen Baustoff ab, d.h. die Eigenschaften und die Zusammensetzung des Baustoffs sind über den gesamten Querschnitt gleich. Das bleibt auch so, wenn keine weiteren Schichten (Dämmung, Putze usw.) notwendig werden. Das gewährleistet der Infraleichtbeton – die tragende Wärmedämmung.

Nach dem Rückbau eines Bauteils wird der Infraleichtbeton in einem Betonbrecher fraktioniert. Es entsteht ein Zuschlagstoff (Recyclat) mit den Eigenschaften des homogenen Bauteils. Sortiert wird noch nach Größe der Gesteinskörnung.

- GROBE KÖRNUNG → DIREKTE WIEDERVERWERTUNG ALS ZUSCHLAGSTOFF IM INFRALEICHTBETON
- FEINE KÖRNUNG → AUFMAHLEN ZUNUTZUNG ALS BINDEMITELE



Das grobe Recyclat wird direkt in einem Frischbeton eingebettet. Es entsteht wieder ein homogenes Bauteil aus Infraleichtbeton in gleicher Qualität bei gleichzeitiger Einsparung von Kosten, Energie und Material. ■

MEIER-BETONWERKE.DE

IMPRESSUM:

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Michael Strauch

Bilder: wie angegeben

Gestaltung: Michael Seidl

Verantwortlich: Constanze von Hassel

Druck: Creo-Druck Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Tel.: 08171 / 9307-11 Fax: 08171 / 9307-22

www.gemeindezeitung.de info@gemeindezeitung.de